

Ostland

Halbmonatsschrift für Ostpolitik / Herausgeber: Bund Deutscher Osten e. V.

Nr. 17

Berlin, den 1. September 1936

19. Jahrgang

Polen hält sich zurück

Es ist die immer wieder betonte Richtlinie der polnischen Außenpolitik, an keiner der europäischen Blockbildungen teilzunehmen und sich keiner der politischen Ideologien zu verschreiben, sondern in möglichst enger Fühlungnahme mit der (überragend bunt-scheckigen) Gruppe der „neutralen“ Staaten zu bleiben, die nach polnischer Auffassung besonders geeignet sein soll, den sonst drohenden Krieg zu verhindern. Das sind zunächst die skandinavischen Staaten, die die polnische Außenpolitik bemüht ist von der Bekömmlichkeit des „polnischen Klimas“ zu überzeugen, und die baltischen Staaten, mit denen sich die Zusammenarbeit nach der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Litauen erfolgreicher zu gestalten verspricht, — vorausgesetzt, daß sich die an das Ultimatum vom 11. März d. J. geknüpften polnischen Hoffnungen wirklich erfüllen. Nach Südosten haben sich die polnischen Beziehungen zu Rumänien merklich gefestigt und zu Südwesten und Bulgarien in jenem freundschaftlichen Sinne entwickelt, der zwischen Staaten üblich ist, deren Interessen sich nur am Rande berühren, während sich in den ungarisch-polnischen Beziehungen das Gefühl einer traditionellen Freundschaft mit dem Bewußtsein einer durch das slowakische Problem bedingten, allerdings nicht vorbehaltlosen Interessengemeinschaft verbindet. Unter diesen Staaten irgendwie eine führende Rolle zu spielen, ist das Ziel der polnischen Wünsche, wobei die Neutralitätssparole, unter der sich die Verfolgung dieses Zieles vollzieht, vor allem auf die Empfänglichkeit britischer Dheeren abgestimmt ist.

Die polnischen Versuche in dieser Richtung sind alt und auch die Parole ist nicht mehr neu. Aber in einer Hinsicht hat sich die polnische Ostmitteleuropakonzeption in letzter Zeit anscheinend geändert: Seit Jahren hat die polnische Südostpolitik eine unverkennbare antisowjetische Note; und nach den Märzereignissen d. J. ist der Gedanke einer Aufteilung der Tschecho-Slowakei ein in der polnischen Presse viel und gern behandeltes Thema gewesen und in der Frage der Tschener Polen hat sich auch das Brühlsche Palais seinerzeit stark engagiert. Das ist inzwischen etwas anders geworden. Es ist unverkennbar, daß die polnische Außenpolitik gegenüber der Tschecho-Slowakei in letzter Zeit eine gewisse Zurückhaltung beobachtet, und jede Stellungnahme zu den von der Prager Politik aufgeworfenen Problemen vermeidet. Von französischer Seite ist dieses Verhalten dahin ausgelegt worden, daß die polnische Außenpolitik daran interessiert ist, die Tschecho-Slowakei aus ihrer derzeitigen Krise möglichst ungeschwächt hervorgehen zu lassen, und daß die polnische Außenpolitik darauf ausgeht, die Tscheden davon zu überzeugen, daß es das Beste für sie sei, sich von der kompromittierenden Zusammenarbeit mit Moskau zu lösen und an deren Stelle schützenden Anschluß an die von Polen „geführte“ Staatengruppe zu suchen, in deren eigenem Interesse es im Hinblick auf „die deutsche Gefahr“ liege, die Tschecho-Slowakei zu erhalten. In diesem Zusammenhang wird an die Aussprache des Generals Gamelin mit Marshall Rydz-Smigly vom September 1936 erinnert, bei der dieser ein später von Oberst Beck bestätigtes Nichtangriffsversprechen zugunsten der Tschecho-Slowakei gegeben haben soll.

Diese Kombination ist zumindest interessant. Man kann ihr freilich entgegenhalten, daß es ebenso gut möglich ist, daß die polnische Außenpolitik bei ihrer Zurückhaltung

gegenüber der Tschecho-Slowakei von der sehr nahegelegenen Ueberlegung ausgeht, daß es für sie am bequemsten ist, die Mühe und das Risiko einer Vereinigung der tschechischen Angelegenheit anderen Mächten zu überlassen und sich selber erst dann einzuschalten, wenn es „etwas zu gewinnen gibt“. Es ist das eine Ueberlegung, die für das Wesen der „Neutralitätspolitik“, wie sie von Polen aufgefaßt wird, sehr bezeichnend zu sein scheint. Es ist aber immerhin auffällig, wie sich die polnische Oppositionspresse verhält, die sich im Gegensatz zu der sehr schweigsamen Regierungspresse noch offen mit dem polnischen-tschechischen Verhältnis beschäftigt. In dieser Presse sind die Angriffe auf die Prager Volkgruppenpolitik in letzter Zeit fast völlig verstummt. Dagegen ist recht häufig von der „slawischen Gemeinsamkeit“, die in bezug auf die Tschechen im Rahmen der politischen Ideologie der Polen seit dem Tschener Konflikt von 1919/20 eine äußerst untergeordnete Rolle gespielt hat, die Rede. Daß die „slawische Gemeinsamkeit“ im Hinblick auf Deutschland gemeint ist, versteht sich dabei von selbst. Wenn man nun bedenkt, daß es zu der schon öfters beobachteten Gepflogenheit der polnischen Außenpolitik gehört, die Erörterung von Gedankengängen, deren mehr oder weniger amtliche Behandlung aus diesen oder jenen Gründen unzuweckmäßig erscheint, der innerpolitischen Opposition zu überlassen, deren Presse im Inlande ohnehin eine größere Resonanz als die Regierungspresse besitzt, so mag ein Hinweis auf die ange deuteten Kombinationen über die polnische Politik gegenüber der Tschecho-Slowakei immerhin nützlich erscheinen.

Dr. K.

Tschechisierungsarbeit im Iggelland

Staatlich gesehen bilden Schlesien und die Südostmark zwei durch das tschechische Staatsgebiet weit voneinander getrennte Ostpfeiler des Reiches. Die schlesische und die niederösterreichische Reichsgrenze sind an der engsten Stelle des böhmisch-mährischen Raumes, auf der Linie Olag—Brünn—Wien, etwa 150 Kilometer voneinander entfernt. Anders wird das Bild, wenn man nicht die Staats-, sondern die Volkstumsgrenzen betrachtet. Auf beiden Seiten, sowohl von Schlesien wie von der Südostmark her, schiebt das geschlossene deutsche Siedlungsgebiet in das tschechische Staatsgebiet vor. Die deutschen Volkstumsgrenzen reichen auf der Linie Oppeln—Olmütz—Wien auf eine Entfernung von nur etwa 90 Kilometer und, wenn man den Schönhengstgau, der erst in jüngster Zeit vom geschlossenen deutschen Volkboden durch einen schmalen tschechischen Streifen abgesprengt worden ist, hinzunimmt, an der Linie Olag—Brünn—Wien sogar auf eine Entfernung von nur etwa 60 Kilometer aneinander heran. Aber damit nicht genug! Gerade im Raum zwischen Oberschlesien und Niederdonau ist das tschechische Staatsgebiet durch eine Gruppe größerer und kleinerer deutscher Volkstumsinseln (Olmütz, Brünn, Iglau, Deutsch-Brodok, Wischau usw.), die dem geschlossenen deutschen Volkboden vorgelagert sind, vielgestaltig durchsetzt. Es ist also zwischen dem mittleren und dem südlichen Ostpfeiler des Deutschen Reiches eine deutsche Volkstumsbrücke vorhanden. Es ist bemerkenswert, daß die größten dieser deutschen Volkstumsinseln gerade an der Nahtstelle des tschechischen und des mährischen Siedlungsraums liegen, also an einer Stelle, wo sich zwei slawische Stämme berühren, die ihre trennenden Besonderheiten erst in verhältnismäßig später geschichtlicher Zeit und auch heute noch nicht völlig zugunsten eines einheitlichen Volkserbewußtseins abgelegt haben. Wenn man den Schönhengstgau nicht als Insel mitzählt, ist das deutsche Iggelland die größte dieser Volkstumsinseln. Diese Iglauer Deutschstumsinsel ist etwa 400 qkm groß und erstreckt sich über fast 40 Kilometer in nord-südlicher Richtung. Sie legt sich wie ein Sperriegel zwischen das tschechische und das mährische Stammesgebiet. Ihre Südspitze ist vom süd-mährischen Deutschstumsgebiet um Elabings nur etwa 26 und vom Südrande des nord-mährischen Deutschstumsgebietes nur etwa 40 Kilometer entfernt. Es ist unverkennbar, daß der deutschen Volkstumsinselbrücke, die Schlesien und die Südostmark miteinander verbindet, den Zusammenhang zwischen Tschechen und Mähren aber bis zu einem gewissen Grade auflodert, eine große volkstrategische Bedeutung

zukommt. Gerade das aber ist auch der Grund, weshalb sich der volkspolitische Vernichtungskampf der Tschechen mit besonderer Wucht gegen diese deutschen Volksinseln richtet.

Trotz langsam ansteigender tschechischer Zuwanderung konnte das Deutschtum in der Iglauer Insel, die aus der alten Bergstadt Iglau und über 50 Gemeinden besteht, bis zur Errichtung des tschechischen Staates seine Mehrheit im großen Ganzen behaupten. Im Jahre 1918 aber setzte ein sich der brutalsten Mittel des Volkstumkampfes bedienender Angriff auf das deutsche Iggelland ein. Das deutsche Schulwesen des Volksinselngebietes wurde weitgehend vernichtet. Vor allem in den ersten Jahren nach dem Kriege war es üblich, daß die neu errichteten tschechischen Unterrichtsbetriebe in den kurzerhand beschlagnahmten deutschen Schulgebäuden einquartiert wurden. In Stannern mußte in der deutschen Schule ein Klassenzimmer für tschechische Schulzwecke freigemacht werden. In Altenberg wurde die deutsche Schule einfach geschlossen, um Platz für die neue tschechische Schule zu schaffen. Von demselben Schicksal wurde die deutsche Schule in Friedenau ereilt. In der Stadt Iglau fielen mit einem Schlage drei deutsche Volksschulen einem Erlaß des Mährischen Landeschulrats zum Opfer. Und kurz hintereinander wurden auch die Städtische Deutsche Handelsschule und das Deutsche Mädchenrealgymnasium in Iglau zur Einstellung ihres Unterrichtsbetriebes gezwungen. In Klein-Studnitz mußte die deutsche Schule aufgelöst werden. Die Gemeinde Waldhof wurde genötigt, das Schulgebäude um einen Spottpreis an den Staat zu verkaufen, wodurch die darin untergebrachte deutsche Schule heimatlos wurde. In Dobrenz wurden die deutschen Schulklassen für die neu eröffnete tschechische Schule beschlagnahmt. Die deutsche Schule in Pfauenorf wurde durch die zwangsweise Einmietung eines tschechischen Unterrichtsbetriebes zur Schließung gezwungen. Bergerdorf ging durch Beschlagnahme des Schulgebäudes seiner deutschen Schule verlustig. Ebenso wurde mit den deutschen Schulen in Pattersdorf, Libinsdorf, Höfen, Illemaiz und anderen Orten des Iglauer Deutschtumsgebietes verfahren.

Dabei waren für die tschechischen Schulen, die auf Kosten der deutschen Unterrichtsbetriebe eröffnet wurden, in den meisten Fällen nur ganz wenige tschechische Kinder vorhanden. Die tschechische Schule in Libinsdorf wurde mit 6 Kindern eröffnet. In Pattersdorf mußten 50 deutsche 3 tschechischen Kindern weichen. In Altenberg mußten 39 deutsche 4 tschechischen Kindern ihr Schulgebäude abtreten. Für die in Dobrenz eröffnete tschechische Schule, denen das deutsche Schulgebäude ausgeliefert werden mußte, waren am Ort überhaupt keine Kinder vorhanden; sie mußten erst von außerhalb herangeholt werden. In Bergerdorf fanden sich für die tschechische Schule 3 Kinder. In Willenz waren es 19, die mit Mühe in den umliegenden Dörfern zusammengeführt werden mußten, während die von 24 Kindern besuchte deutsche Schule in Friedenau „wegen Schülermangels“ aufgelöst wurde. Um die Eröffnung einer tschechischen Schule in Stannern möglich zu machen, wurden die Tschechen aus der ganzen Umgebung, selbst aus 6 bis 8 Kilometer entfernten Orten, in denen bereits tschechische Schulen bestanden, zur Einschreibung ihrer Kinder mobilisiert. Im Laufe der Jahre gelang es den Tschechen dann, auch deutsche Kinder zum Besuch dieser tschechisierungsanstalten zu zwingen, indem sie auf die verarmende deutsche Bevölkerung alle ihnen zu Gebote stehenden Mittel des wirtschaftlichen Zwanges anwandten.

Die Verschiebungen, die sich bei der Anwendung solcher Methoden im Schulwesen des Iggellandes einstellten, gehen aus folgenden Angaben hervor. Im Jahre 1914 gab es in den Orten des Volksinselngebietes (ohne Stadt Iglau) 44 deutsche Volksschulen mit 78 Klassen. Bis zum Jahre 1937 sank die Zahl der deutschen Schulen auf 35 und die der Klassen auf 57. Dem Deutschtum gingen von 1914 bis 1937 also 9 Schulen und 21 Klassen verloren. In derselben Zeit aber erhöhten die Tschechen, die 1914 in den betreffenden Orten nur 3 einklassige Schulen besaßen hatten, ihren Stand auf 34 Schulen mit 74 Klassen. In der Stadt Iglau wirkte sich der tschechische Volkstumkampf für das Deutschtum noch vernichtender aus: Von den 53 deutschen Volksschulklassen der Stadt gingen 22 verloren, während sich die Zahl der tschechischen Volksschulklassen von 16 auf 42 erhöhte. Von seinen 16 Bürgerschulklassen wurden dem Deutschtum 3 genommen, während sich die Zahl der tschechischen Bürgerschulklassen von 0 auf 21 vermehrte. Das Iglauer Deutschtum büßte weiter ein Gymnasium mit

8 Klassen, eine Realschule mit 7 Klassen, ein Lyzeum mit 6 Klassen und eine Handelsschule mit 2 Klassen ein. Die Tschechen dagegen, die im Jahre 1914 (außer 2 Klassen in der Handelsschule) in Jglau kein höheres Schulwesen besaßen, erhielten ein Gymnasium mit 12 Klassen dazu. Von dem einst blühenden höheren Schulwesen des Jglauer Deutschtums blieb nur ein nach dem Kriege eröffnetes Gymnasium mit 9 Klassen erhalten. Die Gesamtzahl der deutschen Schulklassen im Jglauer Volkswahlgebiet ging von 1914 bis 1937 von 170 auf 110 zurück, wogegen die Zahl der tschechischen Klassen sich von 21 auf 154 vermehrte!

Auf wirtschaftlichem Gebiet konnte die tschechische Politik im Jglauer Deutschtumsgebiet ähnliche Erfolge verzeichnen. Von der Bodenenteignung wurde dieses Gebiet u. a. durch die Beschlagnahme der Hohenzollern-Sigmaringenschen Herrschaft Steden betroffen, deren über 1800 Hektar betragender Waldbesitz einer Genossenschaft tschechischer Gemeinden in die Hand gespielt wurde, während das Ackerland noch und nach in den Besitz tschechischer Privatpersonen gelangte. Die deutschen Beamten und Arbeiter der Herrschaft Steden wurden natürlich auf die Strafe gesetzt. Aus der staatlichen und kommunalen Verwaltung wurden die Deutschen zum größten Teile entfernt. In der Jglauer Gemeindeverwaltung waren im Jahre 1918 197 Deutsche und 19 Tschechen beschäftigt; 1936 waren es nur noch 82 Deutsche, aber 276 Tschechen. Unter dem in Jglau nochenden Staatsbahnpersonal gab es 1918 892 Deutsche und 618 Tschechen; bis 1936 ging die Zahl der Deutschen auf 198 zurück, während die der Tschechen auf 930 stieg. Bei der Landesheilkostalk in Jglau, bei der 1918 80 Deutsche und 20 Tschechen angestellt waren, wurden sämtliche Deutsche entlassen. In ähnlicher Weise wurden die deutschen Volkangehörigen aus allen anderen öffentlichen Ämtern verdrängt. Insgesamt gab es 1918 in Jglau 1982 in öffentlichen Diensten stehende Personen deutscher und 1209 solche tschechischer Volkszugehörigkeit; bis 1936 ging die Zahl der Deutschen auf 569 zurück, die der Tschechen wuchs auf 2234 an!

Die einst blühende deutsche Industrie in Jglau wurde vernichtet. So mußten in Jglau u. a. stillgelegt werden die Luchfabrik Augustin Krebs, die Weberei Enoch Ken, die Lederfabrik Wilhelm Budichowitsch, die Schuhfabrik Humanic L. G., die Viscongospinnerei Karger und die Strickerei Altmannspacher, in Altenberg die Luchfabrik Enoch Ken und in Helenenthal die Luchfabrik Löw. In diesen Betrieben waren etwa 1500 Deutsche beschäftigt, die durch die Stilllegung arbeitslos wurden. Allein unter Berücksichtigung der vorstehend angeführten Fälle gingen dem Deutschtum der Jglauer Volkswahlinsel etwa 3000 Arbeitsplätze verloren!

Nach der Volkszählung von 1910 gab es in den 53 Gemeinden des Jgellandes 37 869 Deutsche und 9585 Tschechen. Bei der Volkszählung von 1930 wurden nur noch 23 796 Deutsche, dagegen 27 424 Tschechen gezählt! In der Stadt Jglau gab es 1910 21 758 Deutsche und 5974 Tschechen; die Zählung von 1930 verzeichnete nur noch 12 006 Deutsche, aber 17 968 Tschechen. Der krasse Rückgang des Deutschtums, den die Zählung von 1930 verzeichnete, läßt sich nur durch die skandalösen Mißbräuche, die sich die tschechischen Zählungsorgane zuschulden kommen ließen, erklären. Einige Beispiele: In Friedenau füllte der als Zähler fungierende tschechische Lehrer die Rubrik „Nationalität“ nach Gutdünken nachträglich aus; das Ergebnis war, daß 1930 in diesem Ort nur noch 101 Deutsche gegenüber 261 im Jahre 1910 festgestellt wurden. In Fußdorf füllte der tschechische Zähler die genannte Rubrik nur mit Weißstift aus, mit dem Erfolg, daß in der Gemeinde Hofbau, zu der dieser Ort gehört, 1930 nur noch 182 Personen gegenüber 505 im Jahre 1910 als Deutsche erschienen. In Smilau trug der tschechische Zähler die Volkszugehörigkeit ein, ohne den Erwählten Gelegenheit zu geben, sich von der Richtigkeit seiner Eintragung zu überzeugen; auf diese Weise wurde dort 1930 die Zahl der Deutschen auf 195 gegenüber 269 im Jahre 1910 vermindert. Die Liste dieser Beispiele ließe sich beliebig vermehren. Eine ohne Fälschungen, Einschüchterungsversuche und offenen Terror durchgeführte Volkszählung hätte zwar eine Vermehrung der Tschechen, aber kaum eine Verminderung der Deutschen des Jgellandes ergeben.

Mit dem Umsturz von 1918/19 setzte ein verstärkter tschechischer Zuzug in das Jgelland ein. Die Gemeinden, in die der tschechische Zustrom vorwiegend gerichtet

war, sind an der starken Vermehrung ihrer Einwohnerzahl leicht zu erkennen. Die Einwohnerzahl Altenbergs stieg von 1910 bis 1930 um mehr als 100 v. H. und diejenige Deutsch-Schützendorfs um 44 v. H.; Dobrenz nahm um 40 v. H., und Friedrichsdorf um 70 v. H. zu. Die Einwohnerzahl der Stadt Jglau vermehrte sich um 11 v. H. (= 3101 Personen). Die Bevölkerung im ganzen Volksinjelgebiet stieg in dem genannten zwanzigjährigen Zeitraum um 4679 Personen. In Friedrichsdorf ließen sich zahlreiche tschechische Eisenbahnerfamilien nieder. In Jglau wurde der tschechische Zuzug zum großen Teil in den öffentlichen Diensten untergebracht. In Deutsch-Schützendorf zog die dortige Fabrik tschechische Arbeiter an. Und so fort. Ganz allgemein muß festgestellt werden, daß bei dem wirtschaftlichen Niedergang, den das Jgelland unter tschechischer Herrschaft erlebt hat, der tschechische Zuzug nur infolge der Verdrängung der Deutschen von ihren Arbeitsplätzen unterbracht werden konnte.

Die wachsende wirtschaftliche Not hatte einerseits eine gewisse Abwanderung deutscher Volksangehöriger aus dem Jgelland und andererseits einen beträchtlichen Geburtenrückgang unter den Deutschen des Gebietes zur Folge. In der Stadt Jglau wurden (unter Zugrundelegung der unzuverlässigen Volkszählungsergebnisse von 1930) in den Jahren 1930/33 insgesamt nur noch 688 Geburten und 781 Todesfälle bei den Deutschen gegenüber 947 Lebendgeburten und 640 Todesfällen bei den Tschechen gezählt. Das Deutschtum der Stadt hatte in den genannten vier Jahren also einen Geburtenunterschuß von 93, das Tschechentum dagegen einen Geburtenüberschuß von 303 zu verzeichnen. In dieser Gegenüberstellung treten die Folgen der wirtschaftlichen Aushungerung und der völligen Unterdrückung, der das Deutschtum des Jglauer Volkstumsgebietes unter tschechischer Herrschaft ausgeübt ist, mit aller Deutlichkeit in Erscheinung.

Nach dem Gesagten besteht kein Zweifel darüber, daß die Schwächung des Deutschtums des Jgellandes, soweit sie nicht eine statische Fälschung, sondern Tatsache ist, nicht die Auswirkung eines natürlichen Schrumpfungsprozesses, sondern die Folge einer mit allen Mitteln durchgeführten Gewaltpolitik ist. Die Wiederherstellung geordneter Zustände würde, auch darüber können keine Zweifel bestehen, das durch Terror, Hunger und Entrechtung und nicht zuletzt durch die Fälschungen der tschechischen Zählkommissare zum großen Teil zum Verschwinden gebrachte Deutschtum des Jgellandes wieder sichtbar werden lassen. Am deutschen Jgelland muß ein seit 20 Jahren währendes Unrecht wieder gut gemacht werden. Auch für das Jgelland gilt das Memorandum vom 7. Juni d. J., in dem die Sudetendeutsche Partei ihre Forderungen an Prag aufgestellt hat und in dessen Punkt 14 die Wiedergutmachung aller der deutschen Volksgruppe seit 1918 zugefügten Schäden verlangt wird.

Französische Kulturpropaganda in Litauen

Ein eigenes ausgebildetes Kulturleben gab es im alten Litauen nicht. Im Großfürstentum Litauen war nicht Litauisch die Staatsprache, vielmehr bediente man sich in den großfürstlichen Kanzleien der lateinischen oder der weißrussischen Sprache. Erst zur Zeit der Reformation wurde das Litauische unter deutschem Einfluß zur Bedeutung einer Schriftsprache erhoben. Der erste Katechismus und damit überhaupt das erste Buch in litauischer Sprache wurde im Jahre 1547 in Königsberg gedruckt. Das war zu derselben Zeit, in der Litauen seine staatliche Selbständigkeit durch die Realunion mit Polen endgültig verlor und unter den beherrschenden Kultureinfluß Polens gelangte, der nach dem Untergang Polens vom russischen Einfluß abgelöst wurde. In all diesen Jahrhunderten vermochten die litauischen Kulturelemente sich nicht zu entwickeln. Sie lebten unerforschlossen im primitiven Bauerntum fort. Nur von deutscher Seite erwuchs der litauischen Sprache und Kultur in dieser Zeit der staatlichen Unterdrückung und geistigen Ueberfremdung tätige Hilfe.

Erst nach der Staatwerdung im Jahre 1918 konnte an eine halbwegs selbständige kulturpolitische Orientierung gedacht werden. Wenn sich Litauen sofort grundsätzlich für den kulturellen Anschluß an Europa entschied, so waren dabei ausschlaggebend die Einflüsse Deutschlands. Polnische Einflüsse machten sich besonders in einem Teil der katholischen Geistlichkeit bemerkbar. Auch wirkte sich die Tatsache aus, daß ein großer Teil der litauischen Intelligenz seine Ausbildung im alten Rußland erhalten hatte. Diese noch fortdauernde geistige Bindung veruchte die Sowjetunion zu ihren Zwecken auszunutzen. Gerade in der Zeit, in der der deutsch-litauische Konflikt wegen des Memelgebietes wieder einmal mit besonderer Schärfe entbrannt war, im Jahre 1932, wurde von einer Gruppe litauischer Professoren ein Verein zum Studium der Kultur der Völker der Sowjetunion ins Leben gerufen. Der Verein war u. a. bestrebt, die höheren Lehranstalten Litauens, vor allem die Universität Kauen, mit russischsprachiger Literatur zu versorgen. Im Jahre 1935 fand durch Vermittlung dieses Vereins in Kauen eine große sowjetrussische Buchausstellung statt. Sämtliche Bücher dieser Ausstellung wurden dann der Universität zur Verfügung gestellt. Doch hatte die litauische Regierung Bedenken, diese sowjetische Literatur allen Studenten zugänglich zu machen. Ihre Benutzung wurde nur mit besonderer Erlaubnis der zuständigen Professoren gestattet. Auch ohne dieses Verbot wäre der Leserkreis wahrscheinlich nicht groß. Denn von den Studenten, die wegen des Fehlens einer ausreichenden wissenschaftlichen Literatur in litauischer Sprache auf die Benutzung fremdsprachiger Werke angewiesen sind, beherrschen nur verhältnismäßig wenige die russische Sprache. Am weitesten ist in der jüngeren Generation der litauischen Intelligenz noch die Kenntnis der deutschen Sprache verbreitet, die ja bis zum vergangenen Jahre an den höheren Lehranstalten Litauens die erste Fremdsprache war.

Damals ist dann die französische Sprache als erste Fremdsprache in den höheren Schulen Litauens und der übrigen baltischen Staaten eingeführt worden. Es hat sich dabei nicht um eine zufällige Umgestaltung des fremdsprachlichen Lehrprogramms, sondern um einen bedeutamen Schritt auf dem Wege zu einer zielbewußt verfolgten kulturpolitischen Neuorientierung gehandelt. Die französische Kulturpropaganda ist in Litauen äußerst aktiv. Sie nutzt sehr geschickt die in Litauen vorhandenen Bestrebungen, den deutschen Kultureinfluß zu beseitigen, aus. Den Vorrang der deutschen Sprache zu brechen, hat sich die „Alliance Française“, diese überaus aktive und erfolgreiche Institution der französischen Kulturpropaganda, zum Ziele gesetzt. Seit 1932 besteht in Litauen eine Abteilung der „Alliance Française“. Sie wird von dem jeweiligen französischen Gesandten in Kauen geleitet. Ihre Tätigkeit hat im Laufe von sechs Jahren in Litauen tiefe Wurzeln geschlagen. Dies ist durchaus nicht verwunderlich, wenn man weiß, daß das französische Außenamt jährlich über 100 000 000 Franken für die Auslandspropaganda aufwendet, d. h. für die französische wissenschaftliche, künstlerische und literarische Propaganda im Ausland und für die Auslandspropaganda durch Sport, Film usw. Die französische Auslandspropaganda wird ganz systematisch nach festgelegten Richtlinien betrieben. Ihre Arbeit erstreckt sich in der Hauptsache auf die Errichtung französischer Institute, auf die Unterstützung französischer Lyzeen und Gymnasien, auf die Gewährung von Studienfreiplätzen, auf die Verbreitung des französischen Buches und auf die Werbung um künstlerischem Gebiet.

In Litauen hat die französische Kulturpropaganda sehr bescheiden mit der Gründung einer Litauisch-französischen Gesellschaft begonnen. In dieser Gesellschaft, die ein Versammlungslokal in Kauen besitzt, haben sich die Franzosen, die in Litauen leben, und die Litauer, die in Frankreich studiert haben, zusammengefunden. Man hat zunächst mit Vorträgen über Frankreich, mit geselligen Zusammenkünften u. dgl. den Anfang gemacht. Bald darauf hat auch eine lebhaft Propaganda für das französische Buch und die französische Literatur eingesetzt. Die Buchhandlung eines reichsdeutschen Juden namens Holzmann, die als Filiale der Breslauer Buchhandlung Priebatsch in Kauen errichtet worden ist und auch heute noch den Namen „Priebatsch's Buchhandlung“ führt, hat sich bereit erklärt, diese französische Buchpropaganda zu unterstützen; neben dem deutschen Buchlager ist eine Abteilung französischer Bücher eingerichtet worden, die nicht nur französische Unterhaltungslektüre, sondern auch französische wissenschaftliche Werke für verschiedene akademische Studienschächer führt. Durch die Professoren der Universität Kauen, die der französischen Kulturpropaganda zugetan sind, werden die Studenten auf verschiedene französische Lehrbücher hingewiesen und zu deren Anschaffung er-

muntert. Um die Propaganda für das französische Buch noch mehr zu verstärken, sind unter Mitwirkung der litauisch-französischen Gesellschaft und der französischen Gesandtschaft in Kaun mehrere französische Buchausstellungen veranstaltet worden, die letzte Ende 1936. Damit nicht genug, hat die französische Regierung Ende 1935 für verschiedene litauische Anstalten und Vereine Bücher im Werte von 130 000 Franken, die neuesten Ausgaben ausgewählter französischer Autoren, gestiftet. Davon haben 1000 Exemplare die Universitätsbibliothek, 150 die Humanistische Fakultät für das bei ihr zu gründende französische Institut, 400 Exemplare das Pädagogische Institut in Memel, die Zentral-Bibliothek der litauischen Armee, 12 Hymnassen, der litauische Schriftsteller- und Journalisten-Verband usw., erhalten.

Hand in Hand mit der Propaganda für das französische Buch geht die Vorbereitung für die französische Sprache. Seit Jahren veranstaltet die litauisch-französische Gesellschaft im offiziellen Auftrag der französischen Regierung einen französischen Sprachwettbewerb. An diesem Wettbewerb können drei verschiedene Gruppen teilnehmen. Zur ersten Gruppe gehören Schüler, die einen zweijährigen französischen Sprachlehrgang hinter sich haben, und zu der dritten solche, die die französische Sprache völlig beherrschen. Im Jahre 1937 sind von der französischen Regierung für die besten Arbeiten Gold-, Silber- und Bronzemedailen, sowie zahlreiche wertvolle Buchspenden als Prämien ausgesetzt worden. Dabei ist auch die Auswahl der zu behandelnden Themen bemerkenswert: Der letzte Wettbewerb, an dem sich annähernd 200 Personen beteiligt haben, hat hauptsächlich die Verdienste Napoleons um Litauen behandelt. Vom litauischen Bildungsministerium werden diese Wettbewerbe sehr warm unterstützt.

Im Jahre 1937 hat man auch sonst die Erinnerung an den napoleonischen Feldzug gegen Rußland in Litauen freilich begangen. Gerade dieses Jubiläum ist ergiebig für die Zwecke der französischen Kulturpropaganda in Litauen ausgenutzt worden, wobei sich die Lektoren für französische Sprache an der Universität Kaun, vor allem Professor R. Schmittlein, besonders hervorgetan haben. In den litauischen Archiven ist viel Material über den napoleonischen Feldzug vorhanden. Mit diesem Material ist mit Unterstützung der litauisch-französischen Gesellschaft und der französischen Regierung eine große Napoleon-Ausstellung in Kaun vom 20. Mai bis zum 20. Juni 1937 veranstaltet worden. Weiteres Material für die Ausstellung ist aus Paris herbeschafft worden. Auch sind aus diesem Anlaß zwei Bücher über Napoleon erschienen, und zwar eines „Mit Napoleon in Litauen“ in französischer, und ein anderes „Die litauische Armee im Jahre 1812“ in litauischer Sprache (Verfasser Professor Schmittlein). Beide Bücher sind von der schon erwähnten Buchhandlung Priebatsch in Kaun herausgegeben worden. Schließlich hat man das Thema Napoleon und Litauen auch in zahlreichen Vorträgen behandelt. Der nicht allzu guten Erinnerung, in der die Zeit des napoleonischen Feldzuges beim litauischen Volke steht, haben die Initiatoren der modernen Napoleonpropaganda durch eine recht gewaltsame Umdeutung der Geschichte entgegenzutreten versucht. Sie haben sich bemüht, Napoleon als den tatsächlichen Befreier der unterdrückten Völker erscheinen zu lassen; Napoleon habe kurz nach seinem Einmarsch in das ethnographische Litauen den führenden Litauern versprochen, einen unabhängigen litauischen Staat zu errichten, er habe sogar eine provisorische litauische Regierung gebildet. Auf der Ausstellung in Kaun ist auch tatsächlich ein bisher unbekanntes Dokument ausgestellt worden, und zwar ein Erlaß Napoleons vom 1. Juni 1812, welcher bestimmt, daß eine provisorische litauische Regierung aus fünf Mitgliedern und einem Generalsekretär gebildet werden solle, daß ferner in Wilna eine litauische Nationalgarde, bestehend aus zwölf Bataillonen, zusammengestellt werden solle. Inwieweit dieses Dokument echt ist, und ob Napoleon sein etwaiges Versprechen ernst gemeint hat, hat man nicht untersucht. Aber man hat damit viel Propaganda gemacht; die erwähnte Broschüre über „Die litauische Armee im Jahre 1812“ weiß z. B. zu berichten, daß die litauische Garde, die aus 25 000 Mann bestanden haben soll, durch einen erfolgreichen Durchbruch Napoleon einmal das Leben gerettet haben soll, und daß die litauischen Regimenter bei Lilsu und Labiau gekämpft haben sollen. Bewissermaßen als Krönung dieser Napoleon-Propaganda ist in Kaun eine Gedenktafel an dem Hause angebracht worden, in dem Napoleon während seines kauener Aufenthaltes gewohnt hat; auch ist die betreffende Straße in Napoleonstraße umbenannt worden.

Im Herbst 1937 sind außer Professor Schmittlein zwei weitere Lektoren der französischen Sprache an der Universität Kaun angestellt worden,

und zwar M. Guing und M. Prou. Beide lehren außerdem an verschiedenen Kauener Gymnasien die französische Sprache. Im Januar 1938 ist ein Franzose, Professor A. Prioult, zum Leiter des Lehrstuhles der französischen Sprache und der Romanistik an der Universität bestellt worden. Diese vier französischen Wissenschaftler bilden mit ihren Lehraufträgern den Kern des französischen Institutes der Universität Kauen. Vitsauserherzogs wird die Vergrößerung der Zahl der französischen Lehrkräfte an der Universität damit begründet, daß sich ein großer Bedarf an Lehrern für Französisch bemerkbar gemacht habe, besonders nach der Einführung der französischen Sprache als erste Fremdsprache an den höheren und mittleren Schulen. Wenn man überlegt, daß für Germanistik und die deutsche Sprache an der Universität nur ein ehemaliger Reichsdeutscher als Professor und ein Schweizer als Lektor tätig sind, bis 1932 für die französische Sprache jedoch nur ein Lektor tätig gewesen ist, so geht daraus deutlich hervor, welchen großen Fortschritt die französische Sprachpropaganda in Litauen in den letzten Jahren gemacht hat. Das französische Außenministerium und die „Alliance Française“ lassen sich diese Propaganda auch etwas kosten. Abgesehen davon, daß die in Litauen tätigen französischen Lehrkräfte Gehaltszuschüsse aus Frankreich beziehen, werden von der französischen Regierung alljährlich Stipendien an Litauer, die sich als Lehrer der französischen Sprache ausbilden lassen und in Frankreich studieren wollen, gewährt. Für das Schuljahr 1937/38 sind vier Stipendien von je 10 000 Franken ausgesetzt worden. Außerdem sind bereits tätigen Lehrern der französischen Sprache Stipendien für einen kürzeren Aufenthalt in Frankreich gewährt worden. Ferner hat das Französische Akademische Touristenbüro (L'office du tourisme universitaire) die Studenten und Professoren der Universität Kauen zu Studienfahrten nach Frankreich unter äußerst günstigen Bedingungen eingeladen. Im Jahre 1938 hat die Litauisch-französische Gesellschaft Gruppenfahrten zu verbilligten Preisen nach Frankreich organisiert, wo die Teilnehmer an den dortigen Universitäten französische Sprachkurse erhalten haben. Der Wunsch, ein französisches Lyzeum in Kauen zu errichten, ist zwar zurückgestellt, aber nicht aufgegeben worden, zumal solche Anstalten in Koval und Riga schon seit einiger Zeit bestehen. Auch die Errichtung eines französischen Kindergartens ist angeregt worden; für eine kleine Gruppe besteht ein solcher Kindergarten schon seit dem Herbst 1937. Im Herbst 1937 ist in Kauen auch ein dreijähriger französischer Sprach- und Literaturkursus eingerichtet worden.

Die vier französischen Lehrkräfte an der Universität Kauen halten bei jeder Gelegenheit Propagandavorträge über Frankreich. Im Frühling 1938 ist sogar ein ganzer Zyklus solcher Vorträge veranstaltet worden. Außerdem werden ab und zu französische Wissenschaftler und Rechtsgelahrte zu Vorträgen nach Kauen geladen, z. B. Professor Le Fure. Vielfach halten diese Wissenschaftler Vorträge über die Memelfrage, die sie natürlich im litauischen Sinne behandeln. Auch an der litauischen Presse geht die französische Kulturpropaganda und Werbeaktion nicht unbeachtet vorüber. Die litauischen Journalisten sind zur Teilnahme an der Pariser Weltausstellung 1937 unter äußerst günstigen Bedingungen eingeladen worden. Damit zum Thema Presse: Seit ungefähr acht Jahren erscheint in Kauen ein katholisches kulturpolitisches Journal „Naujoji Romuva“ („Neue Ruhestätte“). Es heißt, daß es sich dabei um eine Gründung des „Katholischen Komitees“, einer in Litauen besonders regen Untergruppe der „Alliance Française“, handelt. Das Blatt erscheint in einer guten äußerlichen Aufmachung und nimmt zu sämtlichen kulturellen und politischen Fragen Stellung. Es versucht, die Gegensätze, die zwischen den Katholiken Litauens und der Regierung bestehen, auszugleichen. Das Blatt bemüht sich, gegen Deutschland Stimmung zu machen. Die deutschfeindlichen Aufsätze von Slavenas, die in ihm erschienen sind, sind als Sonderdruck unter dem Titel „Die deutsche Kultur — eine kritische Wertung“ herausgegeben worden. Sie enthalten die übelsten Angriffe und Verleumdungen der deutschen Kultur. Der französische Einfluß hat sich aber auch bei der übrigen Presse Litauens, ungeachtet ihrer starken Verjudung, bemerkbar gemacht. Schon rein äußerlich: So haben fast alle führenden litauischen Tageszeitungen seit ungefähr zwei Jahren den französischen Umbruch eingeführt, während sie während des letzten deutschen Einbruchs unbrochen wurden. Mit Unterstützung amtlicher französischer Stellen finden auch Artikel französischer Journalisten und Politiker, die den französischen Standpunkt in aktuellen politischen Fragen vertreten, Eingang in die litauische Presse. Es ist erklärlich, daß unter solchen Umständen in der litauischen Presse Behauptungen aufgestellt werden

können, wie die, „daß die deutsche Zivilisation im Vergleich zur französischen im besten Falle ein Knieps sei“.

Auf dem Gebiet des Theaters, des Films und der Kunst hat es die französische Propaganda in Litauen noch nicht weit gebracht. Vom 14. bis 19. Dezember 1937 hat zwar in Litauen eine „Woche der französischen Kunst“ stattgefunden, doch hat sie sich auf einige Vorträge und die Aufführung einiger französischer Opern unter Leitung des Pariser Dirigenten A. Wolf beschränkt. Außerdem hat eine französische Theatertruppe nach Kaunas kommen sollen; doch ist dieser Plan später fallen gelassen worden. Französische Filme kommen zwar unter zunehmender Begleitmusik der litauischen Presse in den Kinos zur Aufführung, doch ist ihr Besuch nicht allzu groß. Die französischen Filme können sich keineswegs mit den deutschen messen, die von der Mehrheit des litauischen Publikums verlangt und gern besucht werden. Ebenso steht es mit den deutschen Theateraufführungen, die in Kaunas ab und zu stattfinden.

Aus alledem läßt sich der starke Einfluß der französischen Kulturpropaganda in Litauen erkennen. Sie läßt keine der sich ihr bietenden Möglichkeiten außer Acht. Die Erfolge sind zur Zeit zwar noch nicht allzu groß. Die deutsche Sprache, die in Litauen feste Wurzeln geschlagen hat, und die deutsche Kultur, die dort trotz aller politischen Gegnerschaft maßgebend ist, können nicht mit einem Schlage verwischt und verdrängt werden. Immerhin muß die französische Kulturpropaganda in deutschen Kreisen eine größere Beachtung als bisher finden. Nicht allein deshalb, weil sie sich indirekt und auch sogar direkt gegen die deutsche Kultur und gegen Deutschland richtet, sondern auch deshalb, weil durch den Internationalismus und Universalismus der französischen Kultur eine geistige Grundhaltung nach Litauen und auch in die anderen baltischen Staaten gebracht wird, deren unvermeidliche Folge eine Annäherung an die Volksfrontkultur und damit an den Bolschewismus sein muß.

Aufbau in Ostpreußen 1933/38

Ostpreußen ist seit der Machtübernahme aus einer Provinz, mit deren Namen in der Systemzeit fast unvermeidlich Begriffe wie Osthilfe, Notstandengebiet usw. verbunden gewesen sind, eine Provinz geworden, die auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Selbsthilfe und des zielberufenen Wirtschaftsaufbaus Vorbildliches geleistet hat. Die fast schlagartige Ueberwindung der Arbeitslosigkeit in Ostpreußen, die seinerzeit das In- und Ausland mit Bewunderung für die Disziplin und Einsatzbereitschaft der Bevölkerung dieser Provinz erfüllt hat, ist nur der Auftakt zu einem größeren und planmäßig in Angriff genommenen Werk gewesen, dessen Erfolge von der wirtschaftlichen Entwicklungsfähigkeit Ostpreußens Zeugnis ablegen. Ueber einige Tatsachen des Aufbaus der ostpreußischen Landwirtschaft und Forstwirtschaft und der Industrie ist im Folgenden berichtet.

Im Rahmen des ostpreußischen Aufbauprogramms kommt naturgemäß der Land- und Forstwirtschaft, in der nach dem Ende von 1933 58,4 v. H. der berufstätigen Personen beschäftigt sind, die größte Bedeutung zu. Ueber die Fortschritte auf landwirtschaftlichem Gebiete geben u. a. nachstehende Zahlen Auskunft. Die landwirtschaftlichen Hektarerträge sind seit dem Jahre der Nachtergreifung nicht unbedeutend gestiegen, und zwar bei Roggen von 14,8 Doppelzentner im Durchschnitt der Jahre 1930/33 auf 16,0 Doppelzentner im Durchschnitt der Jahre 1934/37, bei Gerste von 17,3 auf 19,6 Doppelzentner, bei Hafer von 15,8 auf 18,2 Doppelzentner. Eine erhebliche Steigerung der Hektarerträge ist auch im Hackfruchtbau festzustellen, und zwar sind die Erträge in den genannten Jahren gestiegen bei Kartoffeln von 126,1 auf 168,0 Doppelzentner, bei Futterrüben von 407,9 auf 516,4 Doppelzentner, und bei Zuckerrüben von 269,8 auf 316,3 Doppelzentner je Hektar. Während die Anbauflächen für Getreide und Kartoffeln, in denen Ostpreußen seit jeher Ueberschußgebiet gewesen ist, im wesentlichen unverändert geblieben sind, hat sich die Zuckerrübenanbaufläche vergrößert; sie umfaßt nahezu 7000 Hektar und reicht damit annähernd aus, den Zuckerbedarf Ostpreußens aus eigener Erzeugung zu decken. Besonders wichtig ist es für Ostpreußen, das eine hoch entwickelte Viehzucht besitzt, sich eine wirtschaftseigene Futtergrundlage zu schaffen, um von der Zufuhr fremder Futtermittel unab-

hängig zu werden. Auch in dieser Hinsicht sind Fortschritte erzielt worden. So sind z. B. die Heftarerträge für Heu von 38,4 Doppelzentner in den Jahren 1930/33 auf 41,4 Doppelzentner in den Jahren 1934/37 gestiegen. Auch die Gärfutterbereitung, der für die Winterfütterung große Bedeutung zukommt, hat zugenommen; von 1933 bis 1937 sind Gärfutterbehälter mit einem Gesamtfassungsvermögen von fast 185 000 Kubikmeter errichtet worden. Von der landwirtschaftlichen Nutzfläche Ostpreußens, die 2,6 Millionen Hektar beträgt, sind noch etwa 1 Million Hektar meliorationsbedürftig; von dieser Fläche kommen u. a. 600 000 Hektar für Ackerdränung und 340 000 Hektar für Grünlandentwässerung in Betracht. Im Rahmen eines Fünfjahresplanes werden zunächst jährlich 60 000 Hektar Ackerland und 20 000 Hektar Grünland melioriert. Der Stand der ostpreussischen Vieh- und Pferdezahl hat sich seit der Machtergreifung gebessert. Der ostpreussische Pferdebestand ist von 440 000 auf 470 000 gestiegen. Die Milchwirtschaft ist erheblich ausgebaut worden. Die Zahl der Milchkuhe hat 1933 626 000 und 1937 bereits 680 000 betragen. Die Gesamtmilchproduktion der Provinz ist von 1863 Millionen Liter im Jahre 1931 auf 1880 Millionen Liter im Jahre 1936, die Buttererzeugung von 1933 bis 1937 um 12 Millionen Kilogramm, die Käseerzeugung in der gleichen Zeit um 11 Millionen Kilogramm gestiegen. Wie die Schweinezucht, die ihren Hauptsitz in Masuren hat, so weist auch die Schafzucht in Ostpreußen in den letzten Jahren eine aufsteigende Entwicklung auf. Im Jahre 1937 sind in Ostpreußen 1,63 Millionen Schweine geschlachtet bzw. in das übrige Reich versandt worden gegenüber 1,26 Millionen im Jahre 1933; das bedeutet eine Steigerung um 370 000 Schweine. Seit 1933 hat sich zum ersten Male seit Jahrzehnten wieder eine Zunahme des Schafbestandes um rund 25 000 Stück ergeben.

Ostpreußen ist, was manchen, der etwas von der Johannisburger oder der Kominter Heide gehört hat, vielleicht in Erstaunen versetzen wird, ein waldaernes Land. Mit nur 18 v. H. waldbestandener Landesfläche steht es unter den preussischen Provinzen an zweitlebter Stelle. Allerdings weisen die südlichen und östlichen Kreise der Provinz ausgedehnte Waldungen auf; dafür aber sind namentlich die mittleren und nordwestlichen Teile um so geringer bewaldet. Wenn trotzdem die Holzindustrie in Ostpreußen eine große Bedeutung besitzt und neben der Bauwirtschaft die Schlüsselindustrie der Provinz ist, so erklärt sich das daraus, daß diese Industrie zum großen Teil auf ausländischem Holz aufgebaut ist. Im Jahre 1934 sind nach Ostpreußen 1,99 Millionen Festmeter Kiefernholz (fast durchweg Papierholz) eingeführt worden. Bis zum Jahre 1936 ist diese Einfuhr aus den bekannten Gründen auf 1,21 Millionen Festmeter gesunken. Dieser Rückgang der Einfuhr hat bei dem im Zuge des allgemeinen Wirtschaftsaufschwunges ständig steigenden Holzbedarf zu einer stärkeren Anspannung der ostpreussischen Holzwirtschaft gezwungen. Demzufolge ist auf der einen Seite der Holzeinschlag in den letzten Jahren sowohl mengenmäßig wie wertmäßig beträchtlich gestiegen und ist andererseits die Aufforstung geeigneter Flächen beschleunigt worden. Der ostpreussische Holzeinschlag hat 1933 1,2 Millionen und 1936 2,1 Millionen Festmeter betragen; und die Waldfläche der Provinz, die sich schon seit Jahrzehnten langsam vergrößert, ist allein in den beiden Jahren 1935/36 um rund 2450 Hektar angewachsen. Sie wird im Rahmen eines besonderen Aufforstungsplanes bis auf weiteres um jährlich rund 5000 Hektar vergrößert werden dadurch, daß geeignetes bäuerliches Niedland, schlechtes bäuerliches Ackerland und geringwertiges bäuerliches Waldland aufgeforstet werden. Die genannten Flächen umfassen etwa 90 000 Hektar. Gleichzeitig wird durch entsprechende Maßnahmen, wie Dränung, Entwässerung, Anbau von Mischbälzern usw., für eine Qualitätsverbesserung des ostpreussischen Holzes gesorgt.

Die starke natürliche Bevölkerungszunahme, die Ostpreußen aufweist, läßt sich nicht im Lande halten, wenn es nicht gelingt, neue industrielle Arbeitsstätten zu schaffen. Auch auf diesem Gebiete sind seit 1933 beträchtliche und weitere Erfolge versprechende Fortschritte zu verzeichnen. Es sind in Ostpreußen seit der Machtergreifung 107 industrielle Betriebe bzw. Betriebsabteilungen neu gegründet worden; in ihnen haben 5447 Arbeiter Beschäftigung gefunden. Davon entfallen auf die Nahrungsmittelindustrie 36 Betriebe mit 1409 Arbeitskräften. In diesen Betrieben werden (außer in der neu errichteten Margarinesabrik) ausschließlich ostpreussische Erzeugnisse, die vorher in unveredeltem Zustande in das übrige Reich ausgeführt wurden, verarbeitet (siehe „Ostland“, Nr. 16, 1938, Seite 346). Eine ganze Reihe weiterer Betriebe der Nahrungsmittelindustrie befindet sich gegen-

wärtig im Bau. So ist in Friedland ein neues Käsewerk im Entstehen, das zunächst etwa 30 Arbeiter beschäftigen wird. Diese werden 3. L. aus Westdeutschland herangeholt, wo die gründende Gesellschaft ihr Hauptwerk besitzt. In Liebstadt wird eine neue Trockenmilchfabrik errichtet, nach Marienburg, Schakenhof, Allenburg und Friedland die fünfte Fabrik dieser Art, die seit 1933 in Ostpreußen entsteht. Der neue Betrieb wird zunächst 20 Arbeitern, die gleichfalls 3. L. aus dem Rheinland herangeholt werden, Beschäftigung geben. In Korszchen wird ein Kondensmilchwerk gebaut, das 150 bis 200 Mann beschäftigen wird. Eine beachtenswerte Neugründung ist auch das „Nahrungsmittelwerk Ostpreußen GmbH.“ in Tapiau. In diesem Werk sollen Nudeln, andere Teigwaren und Gemüsekonservendrüsel hergestellt werden. Die Rohstoffe sind reichlich vorhanden, und der Absatz ist sicher, da diese Waren bisher noch fast reiflos aus dem übrigen Reich nach Ostpreußen eingeführt werden müssen. Von den 100 Arbeitern, die das Werk beschäftigen wird, wird ein Teil aus Süddeutschland herangezogen werden. Außerdem sind u. a. einige weitere Fabriken für die Herstellung von Keks, Suppennähmitteln, Kunstbonig, Stärke, Marmelade usw. 3. L. geplant, 3. L. bereits im Entstehen.

Die Holzindustrie ist, wie schon erwähnt, neben der Bauwirtschaft, die Schlüsselindustrie der Provinz. Die Sägeindustrie hat, nachdem in den letzten Systemjahren ein großer Teil der Werke hat stillgelegt werden müssen, seit 1933 einen bedeutenden Aufschwung erlebt. Ende 1937 sind in ihr etwa 7000 Arbeiter beschäftigt gewesen. Hinzukommen etwa 9000 Arbeiter und Angestellte, die in der während der letzten Jahre erfolgreich ausgebauten Holzverarbeitungsindustrie Beschäftigung gefunden haben. Es gibt in Ostpreußen 6 Sperholzfabriken mit 3000 Beschäftigten, 6 Papierfabriken und Zellstoffwerke mit 4000 Beschäftigten und 114 andere Holzverarbeitende Betriebe, wie Kisten-, Holzfasersplatt-, Holz-, Wolle-, Schindel-, Parquetthreisens- und sonstige Fabriken, mit einer Gesamtbeschäftigung von etwa 2000 Mann. Unter diesen 114 Betrieben befinden sich 12 Betriebe mit 659 Beschäftigten, die nach 1933 entstanden sind, darunter 4 Kistenfabriken mit 291 beschäftigten Personen, deren Produktion heute bereits ausreicht, um die ostpreussische Nahrungsmittelindustrie mit Kisten zu versorgen. Die ostpreussische Produktion an Bleistiftbrettern, Fasspunden, Stühlen, Zellsperctüren, Fensterrahmen, Holzbaracken usw. ist so weit gestiegen, daß die genannten Erzeugnisse bereits ausgeführt werden können. Sämtliche Zeitungen der Provinz werden, seitdem die Druckpapierfabrik in Wehla u. (mit 70 Arbeitern) ihren Betrieb aufgenommen hat, ausschließlich mit ostpreussischem Papier versorgt. In Königsberg ist weiter eine Kartonagenfabrik (mit 80 Arbeitern) errichtet worden. Auf der Verwertung von Holzabfällen fußt ein Anfang 1938 in Betrieb genommenes Faserplattenwerk. Im übrigen sind für den weiteren Ausbau der Holzverarbeitenden Industrie, wie für die Herstellung von Wohnmöbeln, Möbelteilen, Spankörben usw., in Ostpreußen gute Entwicklungsmöglichkeiten vorhanden. In diesem Zusammenhang sei auch die Rohrgewerbeindustrie erwähnt, die in Ostpreußen bis in die jüngste Zeit hinein nur durch Familienbetriebe vertreten gewesen ist. In den letzten Jahren sind zwei größere Betriebe dieser Art mit zusammen 40 Beschäftigten errichtet worden, deren Erzeugnisse außerhalb Ostpreußens abgesetzt werden, während den Kleinbetrieben die Deckung des ostpreussischen Eigenbedarfs verblieben ist.

In der Industrie der Steine und Erden sind zwar keine neue Betriebe entstanden, doch hat der gewaltige Aufschwung der Bautätigkeit dazu geführt, daß die zahlreichen Ziegeleien, Kalksandsteinwerke usw., die ihren Betrieb in der Systemzeit hatten stilllegen oder doch ganz beträchtlich hatten einschränken müssen, wieder voll beschäftigt werden können. In der ostpreussischen Ziegelindustrie sind 1932 nur 3470, im Jahre 1936 aber bereits 8431 Arbeiter beschäftigt gewesen; die Produktion ist von 123 Millionen auf 431 Millionen Stück Ziegel angewachsen. Hinzutreten ist in diesem Zusammenhang auch auf die Bemühungen, gewisse Bodenschätze Ostpreußens der industriellen Ausrüstung der Provinz dienstbar zu machen. So liegen für die *Lorfu*-untersuchungen, die sich auf Maßnahmen zur Entwässerung der industriell auswertbaren Moore und die Herstellung von Lorfols als Generatorerreibstoff erstrecken, bereits abschließende Ergebnisse vor. Mit der fabrikmäßigen Herstellung in kleinem Rahmen ist begonnen worden. Auch die Untersuchung der *Ton*- und *Quarz*-sandvorkommen, die für die Herstellung von Klinkern, Kacheln, Keramiken und Glas Verwendung finden, haben greifbare Ergebnisse gezeitigt. So sind 1938 eine

keramische Werkstatt in Lasdehnen und eine kunstgewerbliche Töpferei in Tolkemit ins Leben gerufen worden.

Einen nicht unbeträchtlichen Aufschwung hat auch die Textilindustrie Ostpreußens in den letzten Jahren verzeichnen können. Von 1933 bis 1937 sind 12 neue Betriebe dieses Industriezweiges mit 728 Beschäftigten errichtet worden. Unter anderen sind 2 Leinewebereien (davon eine in Hof Kapheim) mit 41 Arbeitern und eine Flachsröste mit 260 Arbeitern gegründet worden. Diese Betriebe verarbeiten ostpreußischen Flachs, dessen Anbaufläche von 1934 bis 1938 von 400 auf 2500 Hektar gestiegen ist. Die Flachsröste, der modernste Betrieb dieser Art in Deutschland, nimmt die gesamte ostpreußische Flachsernte auf. Für die Wollverarbeitung sind in Ostpreußen noch bisher nicht ausgenutzte rohstoffbedingte Entwicklungsmöglichkeiten vorhanden. Der bei einer Schlachtungsziffer von 70 000 Schafen im Jahre 1937 erhebliche Wollanfall wird bisher nur zu einem kleinen Teil in der Provinz verarbeitet, und zwar von den beiden kleinen Spinnereien in Bartenstein und Landsberg, die zusammen 240 Arbeiter beschäftigen. Neu hinzu kommt noch ein größeres Textilwerk in Warkallen, das Wollspinnerei, Tuchweberei und Ausrüstungsanstalt umfassen und etwa 260 Arbeiter beschäftigen wird. Einen großen Aufschwung hat die Bekleidungsindustrie genommen, die vorwiegend für den Heeresbedarf arbeitet und deren in den letzten Jahren neu entstandene Betriebe daher in den großen Garnisonstädten Königsberg, Gumbinnen und Insterburg angelegt worden sind. Wie die Leinewebererei in Hof Kapheim, die volkstümliche Muster, wenn auch im mechanischen Arbeitsprozeß verwendet, so stellen auch die 1935 gegründete Leppichknüpferei in Lyck und die 1936 begonnene Flicker- und Garnteppichherstellung in Rossitten eine Neubelebung alter ostpreußischer Kunstfertigkeit dar.

Für die Entwicklung der Lederindustrie sind in Ostpreußen günstige Voraussetzungen vorhanden. Von dem Jahresbedarf von 2 bis 3 Kilo Leder pro Kopf der Bevölkerung wird bisher nur ein knappes Zehntel in Ostpreußen selbst hergestellt. Dabei werden die aus den Schlachtungen anfallenden Häute bisher nur zum Teil in Ostpreußen selbst verarbeitet, während zu gleicher Zeit in größerer Menge Häute aus dem übrigen Reich und aus Uebersee eingeführt werden. In Ostpreußen sind zur Zeit 38 Gerbereien vorhanden, darunter nur 2 Großbetriebe mit mehr als 100 Arbeitern und 15 Mittelbetriebe, während die übrigen Betriebe auf rein handwerklicher Grundlage arbeiten. Zur Förderung des ostpreußischen Gerbereiwesens sind Maßnahmen zur Erweiterung der Fichteneindegenwinning im Gange. Auch ist die Errichtung einer Fichteneindeextraktfabrik in Aussicht genommen. Das Ziel ist die Herstellung hochwertiger Lederwaren unter Verwertung heimischer Gerbstoffe.

Nicht auf heimischen Rohstoffen fußend, sondern nach dem Absatz orientiert sind (von der Bernsteinengewinnung und -verarbeitung abgesehen) die Metall- und die chemische Industrie Ostpreußens. Seit 1933 sind 14 neue Betriebe der Metallindustrie in Ostpreußen neu errichtet worden. Sie haben im Jahre 1937 187 Arbeiter und Angestellte beschäftigt. Die chemische Industrie ist durch 11 Neugründungen mit zusammen 205 Beschäftigten erweitert worden. Nach der Statistik der Gewerbeaufsichtsämter hat es in Ostpreußen im Jahre 1932 451 Betriebe der Metallgewinnung, -be- und -verarbeitung mit 844 Beschäftigten, im Jahre 1936 dagegen 739 Betriebe mit 22 297 Beschäftigten gegeben. In der chemischen Industrie sind die entsprechenden Zahlen: 29 Betriebe mit 700 Arbeitern bzw. 30 Betriebe mit 863 Arbeitern. In diesen Zahlen kommt der gewaltige Aufschwung zum Ausdruck, den die alten Großbetriebe, wie vor allem die Schichau-Werke und die Maschinenfabrik Romnick in Elbing, seit 1933 genommen haben.

„Wir haben nicht links und nicht rechts geschaut, wir haben niemandem etwas versprochen, sondern wir haben nur den einen Gedanken in die Herzen und Hirne der anständigen Menschen gehämmert, den Gedanken, daß wir einzig sein müssen, wenn wir nicht politisch und wirtschaftlich zugrunde gehen wollen. Es gilt für uns die Parole: Die Idee über uns, der Kamerad neben uns, der Gegner vor uns!“

Konrad Henlein

Die neue Etappe

Die Verhandlungen der Prager Regierung über das von ihr im Frühjahr angekündigte Nationalitätenstatut, das den Wünschen der einzelnen Volksgruppen im tschecho-slowakischen Nationalitätenstaate gerecht werden sollte, führten zu keinem Ergebnis, was leicht vorauszusehen war. Die Einkreise und ihre klerikalen Verbündeten übten auf die Regierung den schärfsten Druck aus, den Forderungen der einzelnen Volksgruppen gegenüber unnachgiebig zu bleiben. Aber auch die übrigen politischen Gruppen konnten angesichts dieser Einstellung der „Burgparteien“, die enge Fäden zum Staatspräsidenten spinnen, keine andere Haltung einnehmen, wenn es auch in ihren Reihen nicht an einsichtigen Stimmen gefehlt hat, die offen zugaben, daß die Tschecho-Slowakei jetzt Verzugszinsen zu zahlen habe.

Wer in diesen Monaten die tschechische Presse verfolgt hatte, der mußte erkennen, daß die Erklärungen der tschechischen Staatsmänner in ausländischen Zeitungen, denen zufolge die Prager Regierung den Wünschen der Volksgruppen und vor allem der Sudetendeutschen bis an die äußerste Grenze des Möglichen nachkommen werde und zur Verständigung bis zur Selbstverleugnung bereit sei, nur propagandistischen Wert für das demokratische Ausland haben konnten, das solche Erklärungen mit Befriedigung aufnimmt. Als diesen Erklärungen dann jedoch keinerlei Tatsachen folgten, begann man in den Staatskanzleien des Westens unruhig zu werden, und man wurde in Prag erneut vorstellig. Es wäre allerdings verfehlt, aus dieser Haltung der Westmächte etwa eine besondere Anteilnahme an dem Schicksal der Volksgruppen der Moldaurepublik herauslesen zu wollen. Sie sahen durch die tschechische Unnachgiebigkeit ihre eigenen Interessen in Mitteleuropa gefährdet, und daraus erklärt sich ihre Aktivität in Prag.

Die Tschechen änderten trotz der Vorstellungen der Westmächte kaum ihre Haltung. Da hielt der englische Ministerpräsident Chamberlain seine bekannte Rede, in der er Englands Interesse an einer Verabingung der Verhältnisse in der Tschecho-Slowakei begründete und die Entsendung Lord Runciman als Er- und Vermittler ankündigte. Es kostete die tschechische Öffentlichkeit eine große Ueberwindung, Lord Runciman mit lachender Miene zu empfangen. Man sprach es zwar nicht offen aus, daß man in seiner Anwesenheit und in der Durchführung seiner Aufgaben eine Verletzung der staatlichen Souveränität sieht, aber man empfindet sie als solche. Daß für den Lord die Sudetendeutsche Partei Konrad Henleins der Kontrahent der tschechischen Regierung ist, würdet in der Brust der tschechischen Patrioten. Seit Jahr und Tag heßen sie doch den Staatsanwalt auf die „Hemlaci“. Und nun müssen sie zur Kenntnis nehmen, daß die SDP als ein internationaler Faktor gewertet wird. Das ist für die Tschechen eine arge Enttäuschung, die sie aber wohl oder übel hinnehmen müssen. Interessant ist, wie sie das tun: Denn in ihrer dabei zur Schau gestellten Haltung wird zugleich der Wesensinhalt des tschechischen Problems sichtbar. Zunächst haben die Tschechen den englischen Lord mit konventioneller Höflichkeit begrüßt und ihm ihr Vertrauen ausgesprochen. „Alles, was die Tschecho-Slowakei Runciman sagen kann“, so hat man amtlich verklauden lassen, „ist, daß sie ihm vertraut: seiner Ehrenhaftigkeit, seinem Sinn für Gerechtigkeit, seinem Verständnis für die Situation eines Volkes, das wieder um seine Freiheit kämpfen muß ...“

Indem die Prager Regierung dem Lord ihr unumschränktes Vertrauen versichert, hofft sie, daß auch er seinerseits der Richtigkeit ihrer Darstellung der Verhältnisse im Staate blindlings vertraut. So hat man zwanzig Jahre hindurch die Welt betrügen können, warum soll man jetzt diese Methode fallen lassen! Mit konzilianter Höflichkeit verbindet man die Pose des Mannes mit der reinen Weste. Und so läßt man der englischen Er- und Vermittler wissen: „Wir sind so fest von der Gerechtigkeit unserer Sache und unseres bisherigen veröhnlichen Vorgehens überzeugt, daß wir seiner (d. i. Runcimans) Arbeit mit Vertrauen entgegensehen. Es ist gut, daß ein hervorragendes Mitglied des britischen Volkes mit eigenen Augen erkennt, wie die Minderheiten in der Tschecho-Slowakei leben, und daß es sich an Ort und Stelle wied damit bekannt machen können, welcher Unterschied zwischen der tatsächlichen Situation der deutschen Minderheit und ihrer Propaganda besteht ...“

Die geflüstert besetzte Unschuld wird in der gesamten tschechischen Presse in den verschiedensten Variationen begründet. Es wird Lord Runciman dargelegt, daß es über-

haupt kein so kompliziertes Problem zwischen den Tschechen und den Deutschen in der Tschecho-Slowakei gäbe, wenn es nur diesen beiden Parteien überlassen wäre, ihr gegenseitiges Verhältnis gleichsam unter vier Augen zu regeln. Zahlreich, so sagt man, hätten die Sudetendeutschen nicht nur friedlich neben den Tschechen im Lande gelebt, sondern sie hätten sogar selbst mit in der Regierung gesessen. Dann aber sei der „Faschismus“ gekommen, der alle ruhigen Länder in chronische Unruhe stürze. Das Deutsche Reich, das die Tschecho-Slowakei als ein Hindernis für seinen Drang nach dem Südosten empfinde, habe plötzlich die sudetendeutsche Frage „erfunden“, um sie als Hammer zur Zerkümmung der Tschecho-Slowakei und der Demokratie zu verwenden. Die Spannungen zwischen den Sudetendeutschen und Tschechen seien also von außen her erzeugt worden! Die Tschecho-Slowakei habe bisher im Geiste der Humanität alles getan, um die Minderheiten zu befriedigen, und nichts unternommen, was diese in ihrem Bestehen hätte schmälern können. . . . So windet die tschechische Legende ihre Ranken um die Verhältnisse im Staate. Eine grünende und blühende Fassade soll dem Lord Runciman das brüchige und morsche Mauerwerk des Staates verhüllen. Die Schuld an der Gewitterschwüle, die darüber braut, aber wird dem bösen Nachbar in die Schuhe geschoben.

Diese tschechischen Vernebelungsabsichten hat der Abgeordnete Ernst Kundt, der Vorsitzende der sudetendeutschen Delegation, vor dem Prager Verhandlungsausschuß mit seinen von europäischem Verantwortungsbewußtsein getragenen Ausführungen gründlich zerlegt. In einer in ganz Europa stark beachteten Rede hat er die tschechische Larnungs- und Verschleppungstaktik enthüllt und klargemacht, wie die tschechische „Verständigungsbereitschaft“ und vor allem das tschechische „Entgegenkommen“ tatsächlich aussehen. Er hat u. a. gesagt:

„Leider muß ich feststellen, daß die uns vorgelegten Elaborate der Regierung und des Koalitionsausschusses in keiner Hinsicht einen Vorschlag darstellen, der von Ihrer bisherigen Auffassung im Grundsätzlichen und im Konkreten abweicht und sich den tatsächlichen Verhältnissen und unserer Auffassung irgendwie nähert. Im Grunde genommen bilden die Elaborate der Regierung nichts anderes als eine Kodifikation bisher schon geltender Verfassungsgrundsätze, gesetzlicher Bestimmungen, Verordnungen und Verwaltungspraktiken, die alle die Ursache des heutigen Zustandes sind. Wenn der Ministerpräsident im Namen der Regierung zu beweisen versucht, daß es kein rein deutsches Siedlungsgebiet gibt, so ist für diesen Beweis bezeichnend, daß er sich auf Zahlen jenes Besiedlungszustandes stützt, der durch staatliche und vom Staat geförderte Maßnahmen seit 1918 herbeigeführt wurde. Die Stellungnahme der Regierung läßt also jene Forderungen unserer Seite vom 7. Juni d. J. außer acht und verneint sie somit, die die Schaffung nationaler Verwaltungseinheiten auf dem Besiedlungszustand vom Jahre 1918 aufbaut. Sie wird aber niemals von uns erreichen, daß wir die Ergebnisse der Tschechisierungsaktionen unserer deutschen Heimat irgendwie anerkennen werden! Wenn die Regierung beantragt, den Ausbau der nationalen Selbstverwaltung im Rahmen der bisherigen territorialen Selbstverwaltungsverbände zu vollziehen, so liegt darin eine Ablehnung unseres Vorschlages über die allein zweckmäßige und notwendige Form einer wirklichen Selbstverwaltung.

Sie betrachten den Staat ausschließlich als Ihren Staat, der vor allem Ihren Bedürfnissen zu dienen hat. Sie betrachten die Sudetendeutschen nur als eine Minderheit, gewähren ihnen nur besondere Schutzrechte, schaffen für sie nur Ausnahmestimmungen und glauben hierbei, noch besonders großzügig zu sein. Wir hingegen wünschen und verlangen einen Staatsaufbau, der uns keine Sonder- und Ausnahmerechte einräumt, der uns nicht als Minderheit qualifiziert. Wir wollen, daß die deutsche Volksgruppe als vollkommen gleichberechtigter Partner des tschechischen Volkes ausdrücklich anerkannt und unserer Volksgruppe eine entsprechende gleiche politische und rechtliche Stellung gesichert wird.

Sie sehen in der Vorherrschaft des tschechoslowakischen Volkes gerade das Wesen und das Lebensgesetz der Tschecho-Slowakischen Republik. Wir betrachten einen solchen Zustand als unfittlich, unzulässig und als dauernde Friedensgefahr in Mitteleuropa. Wir wollen eine gemeinsame Herrschaftsausübung durch ein zweckmäßig geregeltes Zusammenwirken der in der Tschecho-Slowakischen Republik siedelnden Völker und Volksgruppen. Sie wollen die nichttschechischen Völker und Volksgruppen als solche staatsrechtlich und überhaupt in der Rechtsordnung als existent gar nicht zur Kenntnis nehmen. Nach Ihrer Auffassung ist der tschechischen Sprache eine absolute Vorherrschaft einzuräumen. Nach unserer Auffassung muß die Gleichberechtigung der Sprachen der Völker und Volksgruppen hergestellt werden. Von einem Umbau des Staates kann bei Ihren Vorschlägen nicht gesprochen werden. Ihre Vorschläge sind lediglich eine Kodifizierung bisheriger Be-

stimmungen und Praktiken, die das Unrecht bis zum heutigen Tage verursacht haben, und eine Verwaltungsreform im Rahmen des bisherigen Systems.“

Um den tiefen Eindruck zu verwischen, den die Ausführungen des sudetendeutschen Abgeordneten aus Lozd Runciman und seine Mitarbeiter gemacht haben, hat Ministerpräsident Dr. Hodtscha der englischen Delegation mitgeteilt, daß die Regierung die Besetzung von sieben Postmeister-Stellen in sudetendeutschen Städten mit Deutschen plane und auch sonst im Staatsdienst Deutsche Beamte einstellen werde. Prag hat also mit Hohn auf die sudetendeutschen Forderungen geantwortet, die auf eine innerstaatliche Lösung abzielen. Man kann die Forderungen der Sudetendeutschen nicht anders als äußerst gemäßigt bezeichnen: Die Sudetendeutschen haben weder das natürlichste Recht einer Volksgruppe, das Selbstbestimmungsrecht ihres staatlichen Schicksals, für sich reklamiert, noch eine Volksabstimmung gefordert. Prag verteidigt den Geist von Versailles, der jede Völkerverfälschung unmöglich macht. Und weil dieser Geist nun gar nicht mehr mit den Verhältnissen in Europa übereinstimmt, greift die tschechische Presse täglich zur Lüge, um dem tschechischen Volke die Welt so zu zeigen, wie es sie gern haben möchte. Dieser Selbstbetrug der tschechischen Politik ist tragisch und gefährlich, denn er erschwert jede Klärung. In der Duldung dieser Haltung der tschechischen Presse aber liegt die schwere Schuld der Prager Regierung. Dadurch wird eine Legendenbildung gefördert, die im tschechischen Volk den Glauben an das Unabänderliche der gegenwärtigen staatlichen Verhältnisse stärkt. Das Verhalten der Prager Regierung der tschechischen Presse gegenüber, die das Volk falsch unterrichtet und gleichzeitig zur Unnachgiebigkeit den gerechten Forderungen der Volksgruppen gegenüber aufreizt, zeigt, daß sie selbst gar nicht ernsthaft eine Aenderung des innerstaatlichen Status quo herbeizuführen gedenkt, sondern weiterhin an ihrem Plane festhält und ihre „historische Aufgabe“ darin sieht, aus der Fiktion vom tschechischen Nationalstaat eine politische Realität zu schaffen.

Dr. K. B.

Schulkampf im Hultschiner Ländchen

Bis zum Jahre 1935 hatten zahlreiche Kinder aus dem Hultschiner Ländchen, wo die deutschen Schulen bereits kurz nach der Besitzergreifung durch die Tschechen fast restlos aufgelöst worden waren, die deutschen Volks- und Bürgerschulen in Troppau besucht. Im Jahre 1935 war dann die Zahl der deutschen Schulklassen in Troppau eingeschränkt und den Hultschiner Kindern der weitere Besuch der Troppauer Schulen unmöglich gemacht worden. Nachdem dann durch die berüchtigte „Vez Uhlir“ im Hultschiner Ländchen auch noch der deutsche Privatunterricht untersagt worden war, sahen sich die deutschen Kinder dieses Gebietes gezwungen, in die tschechischen Schulen zu gehen. Um diesem unhaltbaren Zustand ein Ende zu machen, stellte im Mai d. J. die Bezirksstelle Hultschin der Sudetendeutschen Partei bei der Stadt Troppau den Antrag, endlich wieder die Voraussetzungen für die Unterbringung der deutschen Kinder des Hultschiner Ländchens in den Troppauer Volks- und Bürgerschulen zu schaffen.

Damit trat der seit über 18 Jahren währende erbitterte und opferreiche Kampf der Hultschiner Eltern um die deutsche Erziehung und Unterrichtung ihrer Kinder in ein neues Stadium ein. 1500 Kinder wurden mit Ende des Schuljahres 1937/38 aus den tschechischen Schulen des Hultschiner Ländchens in die deutschen Schulen Troppaus umgemeldet. Jedoch verfügte der Brünner Landesschulrat die Wiedereinweisung dieser Kinder in die tschechischen Zwangsschulen des Hultschiner Ländchens. Unter dem Druck des Aufsehens, das diese Gewaltverfügung erregte, sah sich die Prager Regierung jedoch gezwungen, die Brünner Entscheidung aufzuheben. Anstatt nun aber, wie es den demokratischen Grundsätzen entsprechen hätte, dem Willen der Eltern Rechnung zu tragen, ordnete die Prager Regierung die Einsetzung paritätischer Schulkommissionen an, die den Auftrag erhielten, die deutschen Sprachkenntnisse der in Frage stehenden Kinder zu prüfen. Als diese Kommissionen Anfang August d. J. mit ihrer Arbeit begannen, zeigte es sich sehr bald, daß die Freude über die „Nachgiebigkeit“ des Prager Unterrichtsministeriums un-

begründet und voreilig war. Denn tatsächlich kam es den Tschechen nur darauf an, Zeit zu gewinnen. In ihrem Ziel, die 1500 deutschen Kinder in die tschechischen Schulen zu zwingen, hielten sie nach wie vor fest.

Zunächst konnte man folgende Beobachtung machen: Das Prager Ministerium hatte die paritätische Zusammensetzung der Prüfungskommissionen versprochen. Tatsächlich setzten sich die Kommissionen jedoch ganz vorwiegend aus Tschechen zusammen, so daß sich die Deutschstimmvertreter in ihnen nicht durchsetzen konnten. Beszeichnend war auch, daß den Kommissionsmitgliedern bei Androhung hoher Geldstrafen Schweigepflicht über das, was in den Kommissionen vor sich ging, auferlegt wurde. Die Fragen, die den Kindern vorgelegt wurden, waren zumeist so gehalten, daß ihre Beantwortung auch Erwachsenen Schwierigkeiten bereitet hätte, wobei noch bedacht werden muß, daß solche Fragen an Kinder gerichtet wurden, die in den tschechischen Schulen, denen sie vor zwei oder mehr Jahren zwangsweise zugeteilt worden waren, keinen oder nur höchst unzulänglichen deutschen Sprachunterricht erhalten hatten. Unter diesen Bedingungen konnten über das Ergebnis der Prüfungen von vornherein keine Zweifel bestehen. Und es war selbstverständlich, daß die Tätigkeit der Kommissionen bei der deutschen Bevölkerung des Hultschiner Ländchens auf einhelligen Widerstand stieß. So lehnte das deutsche Mitglied der Schläufleritzer Schulkommission die Unterzeichnung des Prüfungsprotokolls ab; seinem Beispiel folgte auch ein tschechisches Mitglied, das den Prüfungsschwindel nicht mitmachen wollte, wodurch das Prüfungsergebnis keine Rechtskraft erlangte. In Koberwitz ereignete sich ein ähnlicher Fall. In Kosmütz weigerten sich die Eltern, ihre Kinder von der aus Tschechen zusammengesetzten Kommission prüfen zu lassen, so daß diese unverrichteter Dinge abziehen mußte. In Kautzen bekräftigte der tschechische Lehrer von vornherein, daß fast sämtliche Kinder seiner Schule von Rechts wegen in eine deutsche Schule gehörten, da die Eltern deutsch gesinnt seien und ihre Kinder in deutschem Sinne und in deutscher Sprache erzögen.

82 % Deutsche in der Ev. Kirche N. B.

In den „Deutschen Monatsheften in Polen“ (Juli 1938) hat Theodor Bierischek eine eingehende Untersuchung über die nationalen Zahlenverhältnisse in der Evangelischen Kirche Augsburgischen Bekenntnisses in Polen veröffentlicht, der angesichts der polnischen Behauptung, daß das Deutschtum innerhalb dieser Kirche eine Minderheit darstelle, die größte Bedeutung zukommt. Aus dieser Arbeit sollen im Folgenden die wesentlichen Tatsachen mitgeteilt werden. Nach der Volkszählung von 1931 gibt es in Polen insgesamt 835 258 Evangelische und die verschiedenen evangelischen Bekenntnisse verteilt sich diese Gesamtzahl wie folgt:

Wojewodschaft	ev.-augsb. (lutherisch)	reform.	uniert.	ev. ohne nähere Bezeichnung
Hauptstadt Warschau	15 824	3 140	53	2 148
Wojewodschaft Warschau	80 143	2 095	101	11 776
„ Lodz	163 140	6 789	268	17 707
„ Kielce	9 095	382	79	1 915
„ Lublin	16 267	621	81	6 255
„ Bialystok	11 526	704	37	2 981
„ Wilna	1 810	885	41	811
„ Nowogrodek	390	285	70	550
„ Polesien	3 065	415	79	1 939
„ Wolhynien	42 764	2 610	270	7 783
„ Polen	8 715	4 401	162 287	28 684
„ Pommerellen	5 931	4 052	84 622	6 207
„ Schlesiens	45 412	3 331	21 278	7 248
„ Krakau	4 513	363	34	1 985
„ Lemberg	7 128	1 908	56	3 998
„ Stanislaw	6 708	1 154	127	4 443
„ Larnopol	1 725	190	48	1 786
Polen	424 216	33 295	269 531	108 216

Die Seelenzahl der Protestanten Augsburgischen Bekenntnisses beträgt also 424 216. Davon gehören aber nicht alle der Evangelischen Kirche dieses Bekenntnisses an. Denn in der genannten Zahl sind auch die Protestanten A. B. in Galizien, die der Evangelischen Kirche Augsburgischen und Helvetischen Bekenntnisses angeschlossen sind, und von den Protestanten A. B. in Posen-Pommerellen die sogenannten Altutheraner enthalten. Andererseits ist anzunehmen, daß in den Landesteilen, in denen die Evangelische Kirche A. B. vorherrscht, also in Mittel- und Ostpolen, sowie im Teschener Schlesien und in der Stadt Krakau, diejenigen Personen, die sich bei der Volkszählung nur als evangelisch (ohne nähere Bezeichnung) eingetragen haben, dieser Kirche angehören. Denn die Unierte Evangelische Kirche ist in den genannten Gebieten kaum vertreten und die Reformierte Kirche stellt eine so fest geschlossene selbstbewusste Gemeinschaft dar, daß kaum anzunehmen ist, daß deren Mitglieder sich bei der Volkszählung nicht als solche bezeichnet haben. In Posen und Pommerellen gibt es 14 646 Lutheraner; da von diesen 3700 Altutheraner sind, bleiben für die Evangelische Kirche A. B. in diesen Wojewodschaften 10 946 Angehörige, bei denen es sich fast durchweg um solche handelt, die seit der Errichtung des polnischen Staates aus Mittelpolen in die ehemals reichsdeutschen Gebiete zugewandert sind. Die Krakauer evangelische Gemeinde ist, im Gegensatz zu den anderen evangelischen Gemeinden Galiziens, der Evangelischen Kirche A. B. angeschlossen; es gibt in Krakau 926 Lutheraner und andere Protestanten ohne nähere Bezeichnung, wozu noch kleinere Gruppen außerhalb des Stadtbereiches hinzukommen, so daß sich die Zahl auf etwa 1500 erhöht. Demnach stellt sich die zahlenmäßige Stärke der Evangelischen Kirche A. B. in Polen nach Maßgabe der Volkszählung von 1931 wie folgt dar:

Mittelpolen (Warschau, Lodz, Kielce, Lublin, Bialystok)	338 777
Wolhynien	50 547
Nordosten (Wilna, Nowogrodek, Polesien)	8 545
Stadt Krakau	1 500
Teschener Schlesien	44 092
Ostoberschlesien	4 615
Posen-Pommerellen	10 946

Von den im Jahre 1931 gezählten Evangelischen Polens sind also 459 042 (= 55 v. H.) Angehörige der Evangelischen Kirche A. B. gewesen.

Walter Kuhn und Albert Breyer haben für die einzelnen Landesteile Polens die genauen Zahlen der polnischen Lutheraner ermittelt, wobei sie das Jahr 1931 zur Grundlage genommen haben. Es gibt Lutheraner polnischer Volksgenhörigkeit in den Landgemeinden Mittelpolens 13 000, in den Städten Mittelpolens 27 000, in Wolhynien 2000, in Nordostpolen 3500, im Teschener Schlesien 30 000, in der Stadt Krakau 1000, in Ostoberschlesien 4500 und in Posen und Pommerellen 4500. Insgesamt gibt es also 85 500 Mitglieder der Evangelischen Kirche A. B., die sich zum polnischen Volkstum zählen. Mehr als diese 85 500 Polen sind unter den 459 042 Mitgliedern der genannten Kirche beim besten Willen nicht nachzuweisen. Der polnische Vorkriegsbestand beträgt demnach nur 18,62 v. H., der deutsche Anteil dagegen 81,38 v. H. Diese Verhältniszahlen stimmen fast genau mit den im „Rocznik Ewangeliczny“ für das Jahr 1923 veröffentlichten Zahlen überein (siehe „Ostland“, Nr. 7, 1938, S. 134/135). Dort ist ein Verhältnis von Deutschen zu Polen wie 84,6 : 15,4 errechnet worden. Auch die im Februar 1937 in der Evangelischen Kirche A. B. durchgeführten Senioratswahlen haben etwa dasselbe Zahlenverhältnis zwischen deutschen und polnischen Kirchenmitgliedern erwiesen. Die angeführten absoluten Zahlen geben den Stand vom Tage der letzten Volkszählung (8. Dezember 1931) wieder. Sie haben sich inzwischen geändert. Der Bevölkerungszuwachs der Protestanten in Polen hat im Durchschnitt der Jahre 1931 bis 1935 0,58 v. H. betragen, im Jahre 1936 0,66 v. H., von 1931 bis 1937 also etwa 0,6 v. H. Diese Ziffer bezieht sich auf alle Protestanten. Der Zuwachs bei den Evangelisch-Unierten Posens und Pommerellens, die etwa ein Drittel aller Protestanten Polens ausmachen, ist erheblich niedriger. Er muß bei den übrigen Protestanten entsprechend höher, mit etwa 0,8 v. H., angenommen werden. Das bedeutet, daß sich die Seelenzahl der Evangelischen Kirche A. B. bis Anfang 1938 um etwa 5 v. H., d. h. auf etwa 482 000 vermehrt hat. Das nationale Zahlenverhältnis ist daselbe geblieben. Denn der Polonisierungsprozeß

unter den evangelischen Deutschen Mittel- und Ostpolens ist in den letzten Jahren abgestoppt worden. Wenn wirklich immer noch vereinzelt Deutsche ins polnische Lager abgleiten, so steht dem die Tatsache gegenüber, daß nicht wenige evangelische Polen zum Katholizismus übertreten. Legt man das oben angegebene nationale Zahlenverhältnis zugrunde, so kann man für Anfang 1938 in der Evangelischen Kirche A. B. in Polen 392 250 Deutsche und 89 750 Polen feststellen.

Für die polnische Behauptung, daß das Deutschtum innerhalb der genannten Kirche nur eine Minderheit darstelle, fehlt jede Unterlage. Dagegen kommen alle, sowohl von polnischer wie von deutscher Seite vorgenommenen statistischen Untersuchungen auf den verschiedensten Wegen zu etwa dem gleichen Ergebnis. Dieses Ergebnis ist immer wieder, daß das Deutschtum innerhalb der genannten Kirche über 80 v. H. der Seelen ausmacht. Jede solche Untersuchung kommt also notwendigerweise zu dem Schluß, daß die mit dem Namen des Renegaten D. Bursche verbundene kirchenrechtliche Regelung, die im Jahre 1936/37 zustande gekommen ist, eine glatte und eindeutige Vergewaltigung der überwiegenden deutschen Mehrheit darstellt. Diese Regelung ist von der deutschen Mehrheit nicht anerkannt worden und sie wird nicht anerkannt werden. Das Unrecht, das der deutschen Mehrheit zugefügt worden ist, kann auch durch langjährige Übung, die sich auf die Macht des Staates stützt, nicht in Recht verwandelt werden.

Ostland-Chronik

Die deutschen Ortsnamen in Galizien

Im Dezember 1937 entdeckte der „Nustrowany Kurjer Godzienny“, daß es in Galizien noch eine ganze Reihe deutscher Ortsnamen gibt, die aus der Zeit der vor allem von Kaiser Josef II. geförderten Einwanderung süddeutscher Kolonisten nach Galizien stammen. Das Blatt hat damals u. a. geschrieben: „Wir haben im Osten Kleinpolens zahlreiche Dörtschaften, die der große Germanisator Oesterreichs, Kaiser Josef II., vor 150 Jahren als Stützpunkte des Deutschtums und der Herrschaft der Habsburger gründete und denen er häufig deutsche Ortsnamen geben ließ, wie Weinbergen, Kaltwasser, Dornfeld usw. Aus diesen Dörtschaften kommen heute nicht mehr, wie das früher war, fügsame und loyale Kellner, deren Nachkommen gute Polen werden, sondern deklarierte Bekenner des Nationalsozialismus, die im Falle eines Krieges mit unserem westlichem Nachbarn (gemeint ist Deutschland) und unseren anderen Freunden' in Ostgalizien (gemeint sind die Ukrainer) zusammen unsere Heimat in Brand setzen würden.“ Das genannte Blatt hat dann die Beseitigung der deutschen Ortsnamen, in denen es offenbar eine Gefahr für die Sicherheit des polnischen Staates erblickt, verlangt. Dieses Verlangen ist nicht auf taube Ohren gestoßen. Denn, wie das selbe Blatt vor kurzem mit

geteilt hat, hat man sich in den zuständigen Stellen der Warschauer Ministerien inzwischen mit der Frage der deutschen Ortsnamen in Galizien befaßt und für die in Frage kommenden Orte eine Liste polnischer Namen zusammengestellt. Die Deutschen der betreffenden Orte, die das alles ja schließlich auch etwas angeht, hat man natürlich nicht um ihre Meinung gefragt.

„Polzka Zachodnia“ gegen „Freude und Arbeit“.

Die durch ihre Verleumdungen Deutschlands bekannte „Polzka Zachodnia“ hat sich mit der vom Internationalen Zentralbüro Freude und Arbeit herausgegebenen Zeitschrift „Freude und Arbeit“ befaßt. Die Zeitschrift erscheint in Hamburg. Sie enthält Artikel in verschiedenen Sprachen. Auch die polnische Sprache ist darunter vertreten. Das ist es, was die „Polzka Zachodnia“ in Harnisch gebracht hat. Denn, so behauptet sie, die Artikel seien in einem außerordentlich mangelhaften Polnisch geschrieben; das aber sei „eine offene Verhöhnung Polens und des polnischen Volkes“. Damit nicht genug! Die „Polzka Zachodnia“ hat auch entdeckt, daß die Zeitschrift „Freude und Arbeit“ nichts anderes als „ein deutsches Propagandaschmierblatt“ ist, das die polnische Dessenlichkeit in rücksichtsloser, frecher und arrogant Weise mit den „Konzeptionen.

Plänen und Gedanken des Nationalsozialismus" verfeucht und dessen Spalten nichts über Polen enthalten. Die „Poliska Zachodnia" meint zum Schluß, daß es für derartige Zeitschriften in Polen keinen Platz geben dürfe. Dazu ist ganz kurz zu bemerken: Wenn die „Poliska Zachodnia" das Polnisch, dessen sich die Hamburger Zeitschrift bedient, für so mangelhaft hält, dann hätte sie gut daran getan, sich in dieser Sache an den polnischen Vertreter im Internationalen Zentralbüro für Freude und Arbeit zu wenden, der für das Polnisch der Zeitschrift ja verantwortlich ist. Wenn die „Poliska Zachodnia" weiter behauptet, die Zeitschrift bringe nur Beiträge über Deutschland und nur von deutschen Autoren, aber nichts über Polen und von polnischen Verfassern, so kann man nur annehmen, daß sie, wie üblich, wieder einmal über etwas geschrieben hat, was sie nicht kennt. Und schließlich noch eines: Die „Poliska Zachodnia" ist das Blatt des Wojewoden Graznofski. Das ist, wie der vorliegende Fall wieder einmal beweist, ein Umstand, der dem Wojewoden eigentlich peinlich sein sollte.

Polnische Zeitungen in Danzig verboten

Die Danziger Behörden haben sich veranlaßt gesehen, sechs polnische Zeitungen für die Dauer von sechs Monaten für das Gebiet der Freien Stadt Danzig zu verbieten. Es handelt sich um folgende Blätter: „Młostrowany Kurjer Godzienny", „Goniec Warszawski", „Głowo Pomorskie", „Dziennik Bydgoski", „Dredownik", „Nowa Rzeczpospolita" und das in polnischer Sprache erscheinende jüdische Organ „Nasz Przegląd". Den Anlaß zu dem Verbot haben die fortgesetzten gehässigen Angriffe der genannten Blätter gegen Danzig und das Deutsche Reich gegeben. In der Begründung des Verbotes heißt es, es könne nicht geduldet werden, daß Zeitungen, die fortgesetzt das Deutsche Reich und seine Führung beleidigen, in Danzig vertrieben werden.

Danzigfeindliche Kundgebungen in Polen

In Gdingen, Graudenz und Thorn haben am 21. August danzigfeindliche Kundgebungen stattgefunden. Träger der Veranstaltungen ist der Westverband gewesen. Von der Gdingener Kundgebung hat der „Kobolnik" berichtet, daß man sich in Gdingen nicht erinnere, jemals eine derart imponierende Veranstaltung gesehen zu haben. Nach der Kund-

gebung sind die Menschenmengen durch die Strafen der Stadt gezogen und haben an allen Kiosken die Danziger Zeitungen vernichtet. In Thorn hat die Kundgebung im Artushof stattgefunden. Der Saal war so überfüllt, daß die Reden durch Lautsprecher auf den Marktplatz übertragen werden mußten. Nach dem Bericht der „Gazeta Odsaska" haben die Demonstranten eine Einschließung gefaßt, in der behauptet wird, daß die Danziger Behörden nicht in der Lage seien, in der Freien Stadt die Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten, daß Danzig kein selbständiger Staat, sondern im Grunde genommen ein polnisches Territorium sei und unter die Souveränität Polens gehöre! In die „Gmina Polska" in Danzig hat die Kundgebung ein Begrüßungstelegramm geschickt, das u. a. folgenden Satz enthält: „Wir denken an euch, und der Tag ist nicht mehr fern, an dem wir uns persönlich grüßen werden." Auch in Graudenz hat die Kundgebung unter dem Motto gestanden: Danzig muß polnisch werden.

Am 28. August ist dann eine entsprechende Kundgebung in Bromberg veranstaltet worden. In ihr sollen 3000 Menschen, darunter 2500 Eisenbahner teilgenommen haben. Nach der Kundgebung, die mit dem bekannten Mitglied, der „Nota", geschlossen wurde, haben Gruppen von Teilnehmern in den Straßen der Stadt demonstriert. Dabei ist am Verlagsgebäude der „Deutschen Rundschau", das von einem starken Polizeiaufgebot geschützt werden mußte, eine Aushängetafel abgerissen worden. Demonstrationen vor der Deutschen Poststelle und dem Gebäude der Deutschen Vereinigung haben von der Polizei verhindert werden können. Am Restaurant „Elysium" im Deutschen Haus ist eine der großen Scheiben und an der Johnsonschen Buchhandlung ein Schaukasten, in dem der „Völkische Beobachter" ausgehängt wird, mit Steinen eingeworfen worden. Die Polizei hat zwei Teilnehmer verhaftet. Am 28. August hat der Westverband auch in Ezersek gegen Danzig demonstriert; dort hat ein Redner „über die barbarischen Ausschreitungen der Hitlerowcy gegen die Polen" gesprochen.

„Der Danziger Vorposten" hat diese Kundgebungen mit einem Kommentar versehen, den auch im Reich zur Kenntnis zu nehmen sich lohnt: „Mit diesen Kundgebungen hat der polnische Westverband auf seine Art die politische Saison in Polen eröffnet. Man hat es sich in Danzig längst abgewöhnt, den Westverband als

einen normalen politischen Faktor zu werten, dessen politische Forderungen und Bestrebungen von dieser Welt sind. Dennoch ist man sich im Freistaat dessen bewußt, daß das Treiben dieses verantwortungslosen Verbandes Gefahr genug in sich birgt. Seine verlogene Laktik, seine demagogischen Parolen und seine auf Massenwünsche geschickt reagierende Regie sind wohl geeignet, einen grenzenlosen Haß nicht nur gegen Danzig, sondern gegen das gesamte deutsche Volk zu säen. Und es ist erstaunlich, daß dieser Verband, dessen Lätigkeit schon genug Unheil angerichtet hat, noch immer die Unterstützung auch amtlicher Stellen findet. Es ist tausendfach bewiesen, daß dieser Westverband den inneren Frieden in Polen selbst stört, indem er immer wieder die Kluft zwischen der deutschen Volksgruppe in Polen und dem polnischen Volk aufreißt. Die Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und Polen aber hat der Verband oft genug auf das schwerste belastet. Es wäre daher angebracht, daß die polnische Regierung sich entschließen würde, dem verlogenen und haßerfüllten Treiben des verantwortungslosen Vereins ein Ende zu bereiten."

Der Senat der Freien Stadt Danzig hat gegen die Heßkundgebungen des Westverbandes und gegen die fortgesetzten Verleumdungen und Lügen, die die polnische Presse über Danzig verbreitet, in einer an den diplomatischen Vertreter Polens gerichteten Note protestiert und die Erwartung ausgesprochen, daß die polnische Regierung dieser den Frieden störenden Lätigkeit endlich einmal Einhalt gebietet.

Polnische Eisenbahner demonstrieren

Der Verband der polnischen Eisenbahner in Gdingen, der etwa 1000 Mitglieder zählt, hat einen sehr bezeichnenden Beitrag zur deutsch-polnischen Verständigung geliefert. Er hat nämlich auf seiner Jahrestagung beschlossen, „an jedem Ort und bei jedem Schritt, sei es im Dienst oder außerhalb des Dienstes, die Danziger Eisenbahnbeamten zu boykottieren, im Gespräch mit ihnen nur die polnische Sprache zu gebrauchen, selbst dann, wenn die Danziger nicht polnisch verstehen". Weiter wurde beschlossen, alle deutschen Zeitungen und Zeitschrif-

ten zu boykottieren, und zwar so lange, „wie sich die Verhältnisse in Danzig nicht zum Besseren wenden und die Danziger Behörden dem Morden und den Mißhandlungen unserer Brüder durch die brutalen Hitleeristen nicht ein Ende machen."

Polen und der Völkerbund

Die polnische Regierung hat beschlossen, ihren ständigen Vertreter beim Völkerbund, Minister Romarnicki, abzurufen. Verschiedentlich sind an diese Mitteilung Kommentare geknüpft worden, die der Angelegenheit eine zu weittragende Bedeutung beimessen und den Beschluß als eine endgültige grundsätzliche Abkehr Polens vom Völkerbund auszuweisen versucht haben. Die polnische Regierung hat sich jedoch nur zu etwas entschlossen, was andere Mächte schon längst getan haben. Sie nimmt ihre Interessen beim Völkerbund in Zukunft nicht mehr durch einen ständigen Vertreter, sondern durch ein Konsulat, das vielleicht in Genf errichtet wird, wahr. Das ist eine ganz logische Folgerung aus der Tatsache, daß Polen nach der Normalisierung seiner außenpolitischen Beziehungen zum Deutschen Reich und zur Freien Stadt Danzig und nach seiner bereits vor Jahren erklärten Absage an die sogenannte Minderheitenschutzpolitik des Völkerbundes mit der Genfer Institution nicht mehr so viel zu tun hat, daß sich die Unterhaltung eines besonderen ständigen Vertreters dort lohnt. Die Agentur „Astra" hat u. a. erklärt: Die Frage der ständigen Vertretung eines Staates in Genf habe nichts mit dem Verhältnis des betreffenden Staates zur Liga zu tun. Das gesunde Urteil der polnischen Politik habe eine Entscheidung getroffen, die eine kostspielige Vertretung und ein überflüssiges Amt aufhebe. Damit solle aber keineswegs das Verhältnis Polens zum Völkerbund ausgedrückt werden. Im übrigen werde es von der Entwicklung der Lage abhängen, ob die polnische Regierung in Zukunft nicht vor der entscheidenden Frage stehen werde, inwieweit die Mitverantwortung für die Lätigkeit des Völkerbundes für die polnische Politik noch vorteilhaft sei. Die „Gazeta Polska" hat die Frage, warum Polen dann nicht aus dem Völkerbund austrete, dahin beantwortet, daß eine Austrittserklärung noch verfrüht wäre. Denn der Kurswechsel in der englischen Diplomatie und einige Änderungen in der französischen Haltung könnten auch eine Besserung der Genfer

Verhältnisse bewirken. Für diesen Fall würde die Anwesenheit Polens im Völkerbundsrat nicht nur seinen eigenen Interessen dienlich sein, sondern auch eventuelle reale Aktionen mit dem Ziel einer Reform des Völkerbundes begünstigen. Der Beschluß der polnischen Regierung liegt ganz auf der Linie der polnischen Außenpolitik, die es in allen Dingen, die die grundsätzlichen Probleme Europas betreffen, vermeidet, eine eindeutige Entscheidung zu treffen.

Streit um den Geburtsort Poniatowski

Die Auseinandersetzungen der polnischen Presse über den letzten König von Polen, Stanislaus August Poniatowski, dessen Gebeine kürzlich aus Leninograd nach Polen überführt und in Wolczyn in Polesien in aller Stille beigesetzt worden sind, haben durch eine Mitteilung des „Stowo Pomorskie“ eine interessante Bereicherung erfahren. Danach befindet sich in Wolczyn, dem Stammsitz der Poniatowskis, zwar eine Geburtsurkunde des Königs, doch sei es nicht ganz sicher, ob er auch wirklich dort geboren ist. Denn auch in Biala im Kreise Czarnikau befindet sich eine Geburtsurkunde, die im Jahre 1732 ausgefertigt ist. Dazu ist zu bemerken, daß es sich nicht um das Dorf Biala in dem heute zu Polen gehörenden Kreise Czarnikau handelt, sondern um das Gut Behle bei Schönauke, das vor der Versailler Grenzziehung gleichfalls zu dem genannten Kreise gehört hat, heute aber im Negkreis in der Grenzmark Posen-Westpreußen liegt. Das Dorf Behle wurde um 1600 von den damaligen Grundherren, den Czarnikowskis, gegründet und mit deutschen Bauern besiedelt. Von den Czarnikowskis gingen Dorf und Gut später an die Poniatowskis über. In deren heute noch stehendem Gutshaus wurde nach dem Kriege die Volkshochschule „Brenkenhoffheim“ untergebracht und im Gutspark befindet sich das im Jahre 1918 aus Bromberg gerettete Denkmal, das den Kolonisateur des Negbuchs, Balthasar Schönberg von Brenkenhoff, darstellt.

Unerwünschte Elemente

Von memelländischer Seite ist immer wieder auf die sozial, wirtschaftlich und kulturell schädliche Wirkung der von den litauischen Regierungsstellen mit allen Mitteln geförderten Masseneinwanderung landfremder Elemente aus Großlitauen in das Memelgebiet hingewiesen worden, und der

Memellandtag hat schon mehrfach durch entsprechende Beschlüsse, z. B. durch Beschlüsse betr. das Wohnungsverwesen, die Handwerker Ausbildung, die Arbeitsmarktregelung, den Schutz der Landwirtschaft gegen Zwangsverfeigerung usw., diesen schädlichen Zugang aus Großlitauen abzustoppen versucht, ist dabei aber regelmäßig auf den Widerstand des Gouverneurs gestoßen, der gegen solche Beschlüsse sein Veto eingelegt hat. Um so beachtenswerter ist es, wenn auch von Seiten der im Memelgebiet einheimischen litauischen Minderheiten Bedenken gegen den Zugang der unerwünschten und schädlichen Elemente aus dem Osten geltend gemacht werden. Das ist in letzter Zeit öfters geschehen. So hat sich der Leiter des litauischen Bauernbundes in Memel, Martin Jvilius, kürzlich in einem im „XX. Amžius“ erschienenen Artikel über die negative Wirkung beklagt, die die aus Großlitauen zugewanderten Bauern auf das Niveau der memelländischen Landwirtschaft ausgeübt haben. Viele dieser Zuwanderer hätten Wirtschaften aus deutscher Hand übernommen, aber sie hätten schlechtes Vieh und schlechte Geräte mitgebracht und die von ihnen gekauften Höfe schlecht bewirtschaftet. In derselben Zeitschrift wird in einem aus Memel datierten Brief über den moralischen Tiefstand der aus Großlitauen zugewanderten Leute Beschwerde geführt. Es sei notwendig, darauf zu achten, daß diese Leute ein reines Gewissen und ein sauberes Aussehen hätten. Die Memeler Berichte hätten sich allzu oft mit diesen Leuten, die sich schwererer Vergehen schuldig gemacht hätten, zu befassen. Auch sei die Trunksucht unter den Litauern ein großes Uebel. In den Memeler Ehenken treffe man sehr häufig betrunkene Litauer an, die durch ihr schlechtes Benehmen auffallen. Aber auch denen, die nur vorübergehend aus Großlitauen nach Memel kommen, müsse man nahelegen, sich um einen besseren Eindruck zu bemühen. Man dürfe es z. B. nicht mehr gestatten, daß die großlitauischen Bauern mit schlechten Wagen und schlechten Pferden nach Memel zu Märkte fahren. Auch müsse man verhindern, daß zerlumpte Bettler aus Großlitauen in Massen in den Straßen Memels umherstreifen. Immer häufiger werden auch die Klagen darüber, daß die im Memelgebiet einheimischen Litauer ebenso wie die dortigen Deutschen bei der Ver-

und sportlichen Disziplinen umfassenden wehrsportlichen Erziehung entwickelt. Er hat im Luthen den Verein überwunden und an seiner Stelle die Mannschaft geschaffen. Er hat dem tschechischen Sokol, diesen vom Luthen herkommenden Vortrupp der tschechischen Volkstumspolitik, eine volkbewußte und völkisch aktive deutsche Luthenbewegung entgegengesetzt. Der Deutsche Luthenverband ist die Plattform gewesen, von der aus Konrad Henlein im Jahre 1933 in die politische Arena eintreten konnte; und die politische Einigung des Sudetendeutschums hat in dieser kurzen Zeit und in dieser Vollständigkeit nur gelingen können, weil in dem Augenblick, in dem die politischen Parteien entweder versagten oder von den Tscheken zer schlagen wurden, in der Deutschen Luthenerschaft eine disziplinierte, einsatzfähige, geschulte und gebärtete Mannschaft da war, die, ohne selbst ein politischer Verband zu sein, doch einen tragenden politischen Faktor im Leben der Volksgruppe darstellte.

Dr. R.

Deutsche Familiennamen in deutschen und russischen Adelsverzeichnissen des 18. und 19. Jahrhunderts. Von E d u a r d v o n B e h r e n s. Heft 4 der Schriftenreihe „Deutsche Sippenforschung in Polen“. Verlag der Historischen Gesellschaft für Posen (Auslieferung im Reich durch Verlag S. Hugel, Leipzig), Posen 1938. 62 Seiten. — Der Verfasser gibt in der Broschüre eine Zusammenstellung der deutschen Namen, die er in den polnischen Wappenbüchern des ausgehenden 17. und des 18. Jahrhunderts, in den russischen Adelsverzeichnissen des 19. Jahrhunderts und in den galizischen Adelsregisterbüchern für die Zeit von 1772 bis 1920 festgestellt hat. Er weist, ohne in Einzelheiten einzutreten, auf die Herkunft der Namensträger, auf die Umstände ihrer Erhebung in den Adelsstand, auf den vor allem im polnischen Volkstumsgebiet sehr häufig, im russischen Volkstumsgebiet dagegen selteneren Volkstumswechsel der Beadelten hin. Wenn in der vorliegenden Zusammenstellung über 2 600 Namen von Deutschen, die in Polen und Rußland während des 18. und 19. Jahrhunderts geadelt wurden, aufgeführt sind, so legt schon diese bloße Zahl Zeugnis von der großen schöpferischen Bedeutung der in diese Länder eingewanderten und dort heimisch gewordenen Deutschen ab; denn nur selten sind diese Deutschen als Adlige in diese Länder gekommen; sie haben den Adelsstitel vielmehr in der Regel erst auf Grund ihrer Verdienste von den Landesherren erhalten. Dem deutschen Sippenforscher vermag die Zusammenstellung wertvolle Hinweise zu geben. Dr. R.

Abriß des Deutschtums im Auslande und in den Deutschen Kolonien. Von Paul R o h r b a c h. Heft 7 der Reihe „Schaeffers Abriß aus Kultur und Geschichte“. Verlag W. Kohlhammer, Leipzig 1938. 73 Seiten. Preis kartoniert 1,80 RM. — In der denkbar knappsten Form wird in diesem Abriß über das Deutschtum außerhalb der Reichsgrenzen berichtet. Die Druckanordnung erleichtert die Be-

nutzung des Buches. Das Wesentlichste ist durch Fettdruck hervorgehoben. Der Inhalt gliedert sich in zwei Teile: Im ersten ist von der Entstehung und Entwicklung der deutschen Volksgruppen die Rede, im zweiten wird die Lage der Volksgruppen nach dem Kriege skizziert. Im Einzelnen sind einige Mängel festzustellen: Die deutsche bäuerliche Kolonisation des Mittelalters und der Neuzeit im späteren Kongresspolen ist unerwähnt geblieben. Auf Seite 7 kann der Eindruck entstehen, daß die Bezeichnung „Slawenvölker“ auch für die nichtslawischen Preußenstämme gelten soll. Der deutsche Blutanteil am Burenstum kann höher eingeschätzt werden, wie die Forschungen von Werner Schmidt-Pretozia nachgewiesen haben (Seite 33). Die Ruken sind mit den Letten, nicht mit den Esten verwandt (Seite 35). Die Memelkonvention wurde von den U.S.A. nicht mitunterzeichnet (Seite 36). Die Zahl der Deutschen in Posen-Pommern ist mit 300 000 zu niedrig angegeben (Seite 38). Die polnischen Aufstände hätten erwähnt werden müssen (Seite 38). U.S.W. Diese Mängel hätten leicht vermieden werden können. Im übrigen enthält das Buch lediglich eine Bestandsaufnahme und einen Tatsachenbericht über das Deutschtum im Ausland. Die Bedeutung der Volksgruppen als politischer Faktor für Deutschland und ihre Leistung im Leben der fremden Staaten und Völker bleiben unerwähnt und unerdetet. Wenn es lediglich darauf ankommt, sich kurz darüber zu orientieren, was an deutschen Volksgruppen da ist und wann und wie sie entstanden sind, dann kann der Abriß von Rohrbach — von manchen Irrtümern im Einzelnen abgesehen — ein brauchbarer Ratgeber sein. Dr. R.

Abenteuer, Novellen und Schwänke aus der Chronik von Pruzinlant des Nikolaus von Zerofschin. Herausgegeben von Karl Pienzat. Verlag der Bücherstube am Hohen Tor, Lillst 1938. — In einer außerordentlich geschickt gewählten Auswahl aus der schon längst in Vergessenheit geratenen „Chronik vom Pruzinlant“ hat der Herausgeber den gelungenen Versuch, „unternommen“, den Lesfr. mit vielen Kulturdokument deutscher Ordenszeit vertraut zu machen. Soldatischer Geist, Treue, Gehorsam und Disziplin, diese höchsten Tugenden des deutschen Ritterordens sprechen aus den Besen, die in einer vollstümlichen und leicht verständlichen Art aus dem Mittelhochdeutschen nachgedichtet worden sind. Man muß dem jungen ostdeutschen Verlag danken, daß er uns dieses Dokument, das ein Spiegelbild der damaligen Zeit und ein weiterer Beweis für die deutsche Sendung des Ritterordens ist, zugänglich gemacht hat. Hoffmeyer.

Werbt für
„Ostland“

**Heizungen
Wasserleitungen
Kühlanlagen
Bäder usw.**

Lingen u. Co.
Königsberg - Pr.
Französische Str. 1

**Zentralheizungen
Lüftungsbau
sanitäre Anlagen**

Heizungsbau Königsberg
Walter Schwikal
Königsberg i. Pr.
Unterlubenberg 26. Tel. 443 06 und 446 45

Färberei
CAILLÉ & LEBELT
reinigt chemisch
Königsberg i. Pr. 5

Knittel & Welker
Bauunternehmung
Beton und Eisenbetonbau
Hoch- und Tiefbau
Königsberg i. Pr. Ruf 23384
Golz-Allee 5

Sparen heißt
für die
Zukunft
sorgen!
Darum spare bei der
Städt. Sparkasse Tilsit

**Werkzeugmaschinen
Werkzeuge**
für Eisenbearbeitung
und Holzbearbeitung
Knuth & Jllas, Königsberg, Steindamm 177

Karl Haebele & Co.
Inh. Wilhelm Baschka, Königsberg (Pr.)
Ruf 35238 Hoverbeckstraße 22 a
Stahlbau Spezialität: Baukonstruktionen

Erika



Anzahlung
u. 24 Raten
je RM 885
**Gustav
Goertz
Allenstein-
Zeppelinstr. 18**

C. E. Herbst
Gumbinnen, Königstraße 14
**Papier- u. Schreibwaren
Buchdruckerei**

Sichtkartotheken, Bürobedarf
Schreib- und Rechenmaschinen
Fernruf 2118

**Werdet Mitglied
der NSD.** Helft den
notleidenden
Volksgenossen!

Bernh. Teichert
Buch- u. Kunsthandlung
KÖNIGSBERG PR.
Gr. Schloßteichstraße 8

Verlag Dr. Friedrich Cömer, Berlin SW 61, Sanftwiger Str. 2-8. — Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Otto
Redel, Berlin-Friedenau, Jülich 2. — Druck: Westpreu-Druckerei GmbH, Berlin-Friedenau, Wolfenstr. 7. —
Verantwortlich für Anzeigen: Karl Haupt, Fichtenau 5, Berlin. — Erscheint monatlich zweimal. Postgebühr
jährlich RM. 0,20. Einzelnummer RM. 0,20 und RM. 0,25 Postgebühr. — Anzeigenpreisliste 4. — Z. v. B. g. —
Alle Zuschriften sind an den Bund Deutscher Osten, Berlin W 30, Rogge 46 (Brennerei 25 09 14) zu richten.